

6. См.: Восточная Европа на историческом переломе (Очерки революционных преобразований 1989-1990 гг.). – М., 1991; Никифоров К.В. Между Кремлем и Республикой Сербской (Боснийский кризис: завершающий этап). – М., 1999; Гуськова Е.Ю. История югославского кризиса (1990-2000). – М., 2001; Центральная Европа во второй половине XX века. – М., 2002. – Том 2; Власть – общество – реформы. Центральная и Юго-Восточная Европа: Вторая половина XX века. – М., 2006; История антикоммунистических революций конца XX века: Центральная и Юго-Восточная Европа. – М., 2007 и др.
7. Задорожнюк Э.Г. Балканский «клин»: новые вызовы или ростки стабильности // Мировая экономика и международные отношения. – 2008. – №10.
8. Задорожнюк Э.Г., Харциева Г.Ю. Алгоритм распада // Очаги тревоги в Восточной Европе (драма национальных противоречий). – М., 1994.
9. Россия. Планетарные процессы. – СПб., 2002.

**Задорожнюк Е. Г. Реципрокний характер взаємовпливів перебудови в СРСР і революції 1989–1990 рр. в країнах “східного блоку”**

У статті здійснена спроба дати відповідь на двоскладне питання – чи стала радянська перебудова спонукальною силою революцій кінця 1980-х – початку 1990-х рр. у країнах “східного блоку” та чи можна вважати їх, у свою чергу, форсуючою силою перебудовчих перетворень у СРСР. З опорою на поняття “реципрокність” аналізується характер зв'язку між цими подіями, що кардинально змінили більше 20 років тому політичну карту Європи.

**Ключові слова:** “східний блок”, перебудова, “оксамитові” революції, реципрокність, регіональна ідентичність, центральноєвропейський регіон, монопартійність, соціалістичні федерації, етноконфлікти, перехідний період.

**Zadorozhnyuk E. G. Reciprocal character of mutual influence of Perestrojka in the USSR and the revolutions of 1989-1990 in the Eastern bloc countries**

The article represents an attempt to answer a two-part question: whether the Soviet “perestrojka” had become the motivating force of revolutions in the end of 1980 – early 1990-ies in the countries of the Eastern bloc and whether it is possible to treat them, in their turn, as a forcing factor of perestrojka transformations in the USSR. Basing upon the notion “reciprocation”, the character of connection between those two events that had completely changed the political map of Europe more than 20 years ago, is being analysed.

**Key words:** “Eastern block, perestrojka, “velvet” revolutions, reciprocation, regional identity, Central European region, one-party system, socialistic federation, ethnic conflicts, transition period.

УДК 94:329.12(437)“1989”

Emil Voráček

## WIEDERGEURT DER POLITISCHEN LINKE IN DER TSCHECHOSLOWAKEI VOR UND WÄHREND DEM NOVEMBER 1989\*

**Statt Zusammenfassung:**

- kann man überhaupt über die Linken in der Tschechoslowakei vor dem November 1989 sprechen?
- Öffentlich Meinung und Linke in der normalisierter Tschechoslowakei
- Andauernde kräftige soziale Empfindlichkeit und Krise der Normalisationsregime
- Nichtkommunistische Linken – Obroda, soziale Demokraten, Radikale Linken
- Reformistische Richtungen in der kommunistische Partei.
- Die links Orientierte während November 1989

Das Ziel dieser Studie besteht darin, die Konturen und die Möglichkeiten der politische Linke vor und während dem November 1989 herauszuarbeiten. Dabei werden auch Gruppen außerhalb und Strömungen im Umfeld der kommunistischen Partei untersucht. Man muß bei dieser Untersuchung berücksichtigen, daß Linke im öffentlichen Bewußtsein während des Prozesses des Systemwechsels 1989 keine herausgehobene Rolle spielten, da sie in die Opposition als Ganzes integriert waren. Nach den ersten freien Wahlen befandete sich die Linke wieder in der Opposition, diesmal zur gewählten Regierung. Dabei wurde sie sehr heterogen, vor allem setzte sich der alte „traditionelle“ Gegensatz zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten fort. Wichtiger noch ist die Tatsache, daß heute, 16 Jahre nach der Wende die soziale Basis der Linken in der Tschechischen Republik stellt ca eine Hälfte der Population.<sup>1</sup> In den Meinungsumfragen erreichte die sozialdemokratische Partei hohe Werte und kam zeitweise dicht an die dort Regierungskoalition führende Demokratische Bürgerpartei (ODS) schon in 1996 heran.

\* Es handelt sich um überarbeitete und vertiefte Version der Studie ursprünglich veröffentlicht in: Voráček, Emil (1996): Die Entstehung einer linken Opposition in der Tschechoslowakei vor dem November 1989. In: Dieter Segert (Hrsg.), Spätsozialismus und Parteienbildung in Osteuropa nach 1989, Berliner Debatte Wissenschaftsverlag, Berlin, 1996, S. 121-146

<sup>1</sup> In der Parlamentwahlen in Juni 2006, haben Sozialdemokraten 74 und Kommunisten 26 Mandaten in den Abgeordneten Haus der Tschechischen Republik bekommen.

### Politische Präferenzen in der Tschechischen Republik 1996

	Juni 1996	August 1996	September 1996
ČSSD	28,2	24,9	26,0
ODS	32,2	28,2	25,9
KSČM	6,9	8,2	8,9
KDU-ČSL	8,7	7,9	8,6
ODA	7,3	7,5	6,5
SPR-RSČ	5,3	4,3	4,7

Quelle: Factum, 7. 10. 1996

Die Tschechische Sozialdemokratische Partei (ČSSD) hat erstmalig die Parlamentswahlen in der Tschechischen Republik gewonnen. Zumindest schien diese Bewegung der öffentlichen Meinung schon vor 1998 darauf hin zu deuten, daß die Linke entgegen dem ersten Anschein feste Wurzeln in der tschechischen Gesellschaft hatte. Auch aus diesem Grund scheint es uns nützlich zu sein, die Anfänge dieser alt-neuen Bewegung in der Zeit vor 1989 zu analysieren.

In einem ersten Abschnitt des nachfolgenden Textes wird es darum gehen, die Ursachen des schnellen Zusammenbruchs des sozialistischen Regimes in der Tschechoslowakei kurz herauszuarbeiten. Auch die folgenden beiden Abschnitte zum Verhältnis der tschechoslowakischen Öffentlichkeit zur Sowjetunion und zur Perestrojka behandeln diese Frage. Danach wird in zwei Abschnitten die Entstehung der wichtigsten Gruppen der linken Opposition außerhalb und innerhalb der kommunistischen Partei am Ende der achtziger Jahre dargestellt. Schließlich wird die Entwicklung der linken Gruppierungen in der Krise der Gesellschaft, unmittelbar vor und nach dem Herbst 1989, beschrieben.

#### 1. Die „normalisierte“ und die „zweite“ Gesellschaft

Seit Beginn der 70er Jahre herrschte in der tschechoslowakischen Gesellschaft insgesamt, ungeachtet gewisser Unterschiede zwischen den böhmischen Ländern und der Slowakei, eine düstere Atmosphäre. Es war so, wie der Schweizer Historiker und Soziologe Juchler schreibt: „Die Bevölkerung war nach dem Höhenflug des Prager Frühlings passiv und illusionslos und arrangierte sich mehrheitlich wieder pragmatisch mit den neuen Verhältnissen. Nach außen hin spielte man bis zu einem gewissen Grade sogar mit ... Allerdings herrschte faktisch weitgehend Desinteresse, ja politischer Zynismus vor, die Verfolgung privater Ziele dominierte, oft verbunden mit einer lockeren Moral gegenüber kleineren Betrügereien.“ (Juchler 1994 : 319) In der Tschechoslowakei herrschte, im Unterschied zu Polen und Ungarn, eines der starrsten Regime des Kommunismus, das nicht einmal für rudimentäre Ansätze eines gesellschaftlichen Pluralismus Freiräume ließ. Außer ersten Anzeichen einer Opposition, die ihren Ausdruck in der Charta 77 fand, herrschte bis Mitte der achtziger Jahre eine gewisse Unbeweglichkeit und Ausweglosigkeit.

Der Kampf um die Demokratie in Polen (ab 1980), in welchem die polnische Arbeiterschaft eine zentrale Rolle spielte, die neue Welle der ökonomischen Reformen in Ungarn (in den achtziger Jahren) und schließlich die Perestrojka in der Sowjetunion (seit 1985) mit ihren nicht erwarteten Folgen, alle diese Prozesse in den Nachbarländern haben sowohl generell den Systemwechsel in Osteuropa vorbereitet, als auch die Grundlage für die Veränderungen in der tschechoslowakischen Gesellschaft in den achtziger Jahren geschaffen. Selbst die „normalisierte“ Tschechoslowakei - also eine Gesellschaft, die den Schock einer gescheiterten und mit Gewalt niedergeschlagenen politischen Reform des Jahres 1968 verarbeiten mußte - kam nunmehr in Bewegung.

Der polnische Weg stellte das Modell einer sozialistischen Demokratie ohne die „Führungsrolle“ der kommunistischen Partei dar. Das ungarische Modell war der Versuch, die staatliche und geplante Wirtschaft in Einklang mit einem sehr dynamisch wachsenden privaten Sektor und expandierenden Marktbeziehungen zu bringen.

Beide genannten Wandlungen konnten in dieser Weise nicht für die Tschechoslowakei von Bedeutung werden. Erst in der zweiten Hälfte der 80er Jahre sind so etwas wie bescheidene Anfänge einer tolerierten, teilweise sogar offiziell anerkannten privaten Wirtschaftstätigkeit auf der Ebene von Familien entstanden. Eine politische Öffnung fand schon gar nicht statt. Die kleine Anzahl der Dissidenten wurde streng verfolgt und jeder auch noch so schüchterne Versuch, ähnlich der sowjetischen Perestrojka zu politischen Reformen zu kommen, wurden anfangs strikt zurückgewiesen. Es existierten keine offiziell tolerierten ökonomischen, politischen oder kulturellen Institutionen, welche es der Opposition erlaubten, irgendwelche bedeutenden Aktivitäten gegen das totalitäre und leistungsfeindliche System zu entwickeln (vgl. Machonin 1993 : 238).

Ungeachtet dieses Umstands entwickelte sich auch in der tschechoslowakischen Gesellschaft dieser Jahre eine Art *zweite Gesellschaft*. Private Wirtschaftsaktivitäten wurden zum Teil durch den Staat toleriert. Es gab eine Art „graue Wirtschaft“. Viele der Wirtschaftsfunktionäre in den staatlichen oder den kommunalen Betrieben versuchten, sich zu bereichern. Die Schattenwirtschaft entstand vor allem im Dienstleistungssektor - es wurden Tauschgeschäfte mit knappen Gütern und Dienstleistungen organisiert.

Die graue Wirtschaft war offensichtlich auch in der DDR-Gesellschaft bekannt (vgl. Jessen 1995 : 103). Wichtig ist dabei, auch nach meiner Meinung, daß es sich bei dieser zweiten Wirtschaft und Gesellschaft nicht in erster Linie um die Bereiche der Tätigkeit der (wenigen) Oppositionsgruppen handelt, sondern um Tätigkeiten und

Verhältnisse, die direkt innerhalb der offiziellen Strukturen, innerhalb des formellen Sektors, entstanden waren. (Jessen 1995 : 104)<sup>1</sup>

Den Umfang und die Qualität dieser inoffiziellen Gesellschaft und das Fehlen von Makroinstitutionen in ihr wurde eindrucksvoll durch Soziologe Ivo Možný in einer Studie beschrieben (Možný 1991). Auch Soziologe Pavel Machonin wies darauf hin: „The lack of macroinstitutionalization was at the microstructural level, where the second society functioned, and was replaced by the development of interpersonal contacts that led to the creation of an extensive social network.“ (Machonin 1993 : 238)

Die „zweite Gesellschaft“ förderte ganz spezifische Handlungskompetenzen. Sie „verlangte von ihren Angehörigen nicht Geld oder Rechtstitel, sondern Beziehungsspürsinn - sie zwang sie zu permanenter Beziehungsarbeit, um das Netzwerk der persönlichen Kontakte und *do-ut-des* Verhältnisse zu pflegen.“ (Jessen 1995 : 106)<sup>2</sup> Verschiedene Autoren sprechen sogar über eine „Herrschaft des sozialen Kapitals“ mindestens in den Gesellschaften der Tschechoslowakei, der DDR, Polens und Ungarns.<sup>3</sup>

Die Annahme einer solchen „zweiten Gesellschaft“, ungeachtet dessen, daß sie selbstverständlich in der ČSSR niemals offiziell anerkannt wurde, ist sehr wesentlich, will man die Herkunft der Akteure der demokratischen Revolution und der post-kommunistischen Transformation besser verstehen. Dabei geht es sowohl darum, die Akteure dieser Umgestaltungen zu identifizieren, als auch um das Verständnis dessen, warum jene durch eine Mehrheit so leicht akzeptiert wurden.

#### *Warum brach die „normalisierte Gesellschaft“ so schnell zusammen?*

Obwohl mit diesem Hinweis auf die untergründige Aufweichung und Umwandlung der traditionellen Strukturen des stalinschen Sozialismusmodells in der Tschechoslowakei bereits eine mögliche Antwort auf die Frage nach der Grundlage des schließlichen Zusammenbruchs im Herbst 1989 gegeben worden ist, entsteht das Problem, wie es zu erklären ist, daß das System in dieser Weise, wie ein Kartenhaus, zusammenfiel. Warum vollzog sich das Ereignis so unerwartet schnell?

Der allgemeine Grund dafür liegt in der offensichtlichen ungenügenden Leistungsfähigkeit des Systems im Vergleich mit den westlichen Industriestaaten. Dieses Versagen im Systemwettbewerb wurde von den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, sowohl solchen, die der Macht nahe standen (Teilen des Parteiapparates) als auch Regime ferneren, wenn auch nicht abschließend bilanziert, so doch an vielen einzelnen Fakten erahnt. Vor allem innerhalb großer Teile der Intelligenz spürte man, daß die eigene Gesellschaft im Wettbewerb mit den entwickelten Industrieländern, nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich, darüber hinaus bezüglich der kulturellen Entwicklung und auf dem Gebiet der politischen Freiheiten unterliegen mußte. Das war, wie gesagt, ein Erkenntnisprozeß auf der Grundlage eigener Erfahrungen: so nahm das Lebensniveau in der Tschechoslowakei in der zweiten Hälfte der 80er Jahre deutlich ab, obwohl es immer noch das höchste in der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft war, es kam zu einer deutlichen Verschlechterung der Umweltbedingungen, sogar die durchschnittliche Lebenserwartung verkürzte sich. Diese Veränderungen waren so erschreckend, daß schließlich selbst Teile der Träger des Systems (der „Nomenklatura“) ablehnten, das System zu stützen. Die Sympathie und Unterstützung, die den kleinen Dissidentengruppen im Herbst 1989 aus der Bevölkerung entgegenschlug wurzelte in der im vorhergehenden Jahrzehnt entstandenen Hoffnung auf eine Verbesserung des eigenen Lebens durch einen grundlegenden Systemwechsel und die in der „zweiten Gesellschaft“ entstandenen Orientierungen und Erfahrungen.

#### *Agentenspiele? Konspirative Theorien?*

Diese allgemeinen Bedingungen erklären das Umfeld des Systemwechsels, noch nicht die handelnden Akteure. Auch in der tschechoslowakischen Öffentlichkeit wurde die Frage nach der Existenz einer wie auch immer gearteten Verschwörung gestellt. Offensichtlich führte die abnehmende Leistungsfähigkeit des alten Systems auch innerhalb der alten Führungsschicht zur Suche nach Auswegen. Reformfreundlichere Kreise, zu denen auch Personen aus dem Geheimdienst mit guten Beziehungen zum KGB gehörten, begannen insgeheim einen Machtwechsel vorzubereiten. In diesem Umfeld wurde anscheinend ein Plan mit dem Codenamen „Klín“ („Keil“) ausgearbeitet, in dem auch die Unterstützung von Massenunruhen zum Sturz der alten Führer vorgesehen war.

Welchen Anteil auch immer solche Aktivitäten hatten, sie waren nicht ausschlaggebend. Der Regimezusammenbruch in der Form des einstürzenden Kartenhauses entstand aus dem Zusammentreffen verschiedener, sich „durchkreuzender und durchwegs nicht reflektierter langfristiger Interessen von Individuen und ganzer sozialer Gruppen. Es handelte sich um ein Ergebnis, von dem diese Menschen selbst nichts wußten, und das so von niemandem beabsichtigt war.“ (Možný 1991 : 66-67) Gemäß der späteren Erklärung von Alojz Lorenc (Föderalminister des Innern der ČSSR Ende 80er Jahre), die Mehrheit der Bürgerinitiativen lag unter der Kontrolle der Staatssicherheit mittels der Agenten. Die Parteiorganen und Presidium der ZK der KPTsch selbst sollte dieser Initiativen ständige Aufmerksamkeit widmen. (Lorenz 1992 : 155; vgl. Otáhal 1994 : 85)

<sup>1</sup> Schon die Mitbegründer der Totalitarismustheorie C. J. Friedrichs und Z. Brzezinski sprachen von der Familie, der Kirche, der Wissenschaft und dem Militär als „Inseln der Absonderung“, deren Bezugspunkte freilich „nicht innerhalb, sondern jenseits des Systems“ lägen. (Friedrich/ Brzezinski, 1957 : 214-15).

<sup>2</sup> Vgl. auch Hanf 1991 : 73-82.

<sup>3</sup> Možný 1991 : 31; sowie Jessen 1995 : 106; vgl. auch Bude 1993 : 277.

*Die Entwicklung der öffentlichen Meinung*

Die spontanen Vergleiche der Leistungsfähigkeit der beiden Weltsysteme, die auch möglich wurden, weil immer mehr Menschen in die westlichen Nachbarstaaten reisen und zumindest in den Grenzgebieten die westlichen Fernsehsendungen empfangen konnten, führte zu einem Wandel der öffentlichen Meinung. (vgl. Otáhal 1995 : 55)

Nach Meinungsumfragen aus dem Jahre 1988 waren 70 % der Befragten der Meinung, daß die tschechoslowakische Volkswirtschaft mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen habe, 18 % sahen kleine Probleme und nur 1 % beurteilte die Wirtschaft als problemlos.<sup>1</sup> Den Entwicklungsstand des Gesundheitswesens im Jahre 1989 hielten die befragten Bürger für schlimmer als im Jahr 1985. Bezogen auf den Zustand der Umwelt, waren 1989 zweimal mehr Bürger als im Jahr 1985 unzufrieden. Die Mehrheit der Bevölkerung erwartete in der Zukunft eine weitere Verschlechterung. Aus diesen Daten wird deutlich, daß das „Normalisierungsregime“ aufgehört hatte, die grundlegende Bedingung des stillschweigend vorausgesetzten „Gesellschaftsvertrags“ zu erfüllen, nämlich die Garantie eines dauerhaften Anwachsens des Lebensniveaus für eine Mehrheit der Bevölkerung im Tausch gegen deren politische Loyalität zu gewährleisten. Damit hörte die Bevölkerung auf, ein Interesse am Regime zu haben.

Denselben Trend zeigen auch Ergebnisse von Meinungsumfragen über die führende Rolle der kommunistischen Partei: fast 50 % der Befragten hielten diese Regime für nicht demokratisch. Über einen längeren Zeitraum betrachtet, war die Unzufriedenheit mit der Verwirklichung der führenden Rolle der Partei angewachsen. Im Jahr 1986, als diese Frage zum ersten Mal gestellt wurde, hielten 67 % die führende Rolle der Partei für wichtig, 23 % dagegen für unwichtig, im Juni 1989 dagegen war die Zahl derer, die positiv antworteten auf 41 % gesunken, die Zahl der negativ antwortenden auf 37 % gestiegen<sup>2</sup>. Dieselbe Frage während der „Wende“ im November und Dezember 1989 gestellt, führte zu folgenden Ergebnissen: 14 % der Befragten äußerten sich zustimmend zur führenden Rolle der Partei, 82 % ablehnend.

Anders war es mit der *Beziehung der Bevölkerung zum Sozialismus als Programm*. Im November und Dezember 1989 wurde auch nach den Vorstellungen der Befragten über die Richtung der weiteren Entwicklung in der Tschechoslowakei gefragt. Hier fielen sie Antworten differenziert aus: bezüglich der sozialen Sicherheit und einer unbestimmt gelassenen Alltagsfreiheit bevorzugten die Befragten den Sozialismus, wegen der gesicherten politischen Rechte bevorzugten sie dagegen das kapitalistische System. Aus den Befragungsergebnissen geht allerdings nicht hervor, was genau die Befragten unter den Begriffen „Sozialismus“ und „Kapitalismus“ damals verstanden haben.

**Tabelle 1** (nach: Slejška/ Herzmann 1989, S. 51)

**Unsere Gesellschaft sollte sich auf folgende Weise entwickeln:**

	23.-24.11 89	9.-12.12. 89
Sozialistischer Weg	45 %	41 %
Kapitalistischer Weg	3 %	3 %
Etwas dazwischen	47 %	52 %
ist egal/das kann man nicht beurteilen	5 %	4 %

Um die langfristige Tendenz in dieser Frage zu nennen: 1986 waren noch fast drei Viertel der Befragten von den besseren Perspektiven des Sozialismus überzeugt. Aber auch die angeführten Daten für die Meinung nach der „Wende“ bestätigen, daß die sozialistische Idee im Wertesystem der Bevölkerung tiefe Wurzeln geschlagen hatte, besonders dann, wenn man den hohen Anteil derer sieht, die faktisch einen dritten Weg präferierten. Einige Autoren sehen besonders unter der Jugend dafür viele Anhänger. (vgl. Slejška/Herzmann 1989 : 52)

## 2. Tschechische Russophilie und 21. August 1968

Die „Wende“ in der Tschechoslowakei ist auch das Resultat eines Bruchs mit einer lang andauernden politisch-kulturellen Tradition der intellektuellen Eliten des Landes, ihrer Russophilie. Dieser Bruch wurzelt tief im Schock über die militärische Niederschlagung der Reformen des „Prager Frühlings“, welche am 21. August 1968 begann. Die Ereignisse dieses Tages, die wortbrüchige Invasion von Armeen des Warschauer Vertrags gegen die Tschechoslowakei, führten offenkundig in der tschechischen und slowakischen Bevölkerung zu einem tiefen Trauma, hinterließen vielleicht tiefere Spuren als jedes andere Ereignis im 20. Jahrhundert. Mehr als 60 Tote schon in den ersten Tagen nach der Intervention vertieften noch die Verzweiflung in der Gesellschaft. Aus der Tiefe der Seele sprudelte ein kräftiger Haß. Er wurde vom ersten Moment an gegen alles was sowjetisch, d. h. auch gegen alles sozialistische gerichtet.

Es ist möglich, daß sich damals eine historische Wende in den Beziehungen zwischen der (sowohl geographisch als auch kulturell) westlichsten slawischen Nation und der zahlenmäßig größten und östlichsten

<sup>1</sup> Diese Umfragen in der ČSSR wurden durch das Institut für Meinungsforschung beim Föderalen Statistischen Amt durchgeführt. Ihre Ergebnisse sind in den geheimen Unterlagen für die 10. Sitzung der ZK der KSČ im Oktober 1988 enthalten. In: Národní archiv, früher Státní ústřední archiv Praha, Fond Ústřední výbor Komunistické strany Československa, fond 02/1, sv. 358, a.j. 204..

<sup>2</sup> Die Ergebnisse dieser Forschung wurden durch M. Vaněk veröffentlicht in: Vztah obyvatelstva ke KSČ a socialismu před listopadem 1989, Ms. Ich zitiere sie nach: Otáhal 1995, S. 55.

slawischen Nation vollzog, die ihre Wirkungen auch im November 1989 zeigte. Zwischen beiden Ereignissen liegt allerdings noch die Enttäuschung über die Reformen Gorbatschows.

### 3. Gorbatschow und Tschechoslowakei - enttäuschte Hoffnungen

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre äußerte die tschechoslowakische Gesellschaft bei verschiedenen Gelegenheiten immer deutlicher ihre zunehmend negative Beziehung zur regierenden Elite und zur monopolistischen Partei. Der Zündfunke für die offene Auflehnung größerer Gruppen kam aber doch von außen. Es handelte sich um die Politik der „Glasnost“ und der „Perestroika“ in der UdSSR, welche auf der internationalen Ebene als Ergänzung den schrittweisen Abbau der „Breshnew-Doktrin, einen Übergang zu einer Politik der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Länder seitens der Sowjetunion aufwies. Die Politik, die mit dem Namen Gorbatschow verbunden war, erzeugte in dieser scheinbar politisch völlig apathischen Gesellschaft schnell neue Hoffnungen aus Veränderungen. Hoffnung in die „sozialistische Demokratisierung, kam mit der „Perestrojka“ in der UdSSR in der zweiten Hälfte der Achtziger auf, als es zur Entwicklung der unterschiedlichen Bürgerinitiativen kam<sup>1</sup>, die eine mobilisierende Funktion erfüllten. Die unabhängigen, im Dissens entstehenden Gruppen in Tschechien, deren Kern Intellektuelle, sowie Nicht- bzw. Exkommunisten bildeten, und die seit Ende 1988 zunehmend offen manifestierte Unzufriedenheit der breiten Bevölkerung entwickelten sich nie zu einer gemeinsamen Strömung, dazu kam es erst nach den Ereignissen des 17. November 1989.

Der durch Gorbatschow sehr früh formulierte Standpunkt, daß die Probleme der sowjetischen Entwicklung die Konsequenz einer fehlerhaften Politik der früheren Führung unter Breshnew waren, mußte die Führungen der kommunistischen Parteien Osteuropas irritieren, besonders aber die Führung der tschechoslowakischen KP, die erst durch die militärische Intervention der UdSSR an die Macht gebracht worden war. Darüber hinaus kamen Impulse von den Veränderungen in Polen und Ungarn, welche gleichermaßen die Macht der dortigen Parteiführungen reduzierten.

Den Hoffnungen auf exogene Unterstützung innerer Reformen entsprach der enthusiastische Empfang, der Gorbatschow bei seinem Besuch in Prag im April 1987 bereitet wurde. Die Öffentlichkeit erwartete offensichtlich vom sowjetischen Führer, daß er sich kritisch zur tschechoslowakischen Führung verhalten würde. Vor allem aber hoffte sie auf eine Kritik der Intervention der Armeen des Warschauer Vertrags im August 1968.<sup>2</sup>

Wahrscheinlich stärker als diese ursprünglichen Hoffnungen wirkten aber die Enttäuschungen der Bürger über das praktische Handeln Gorbatschows. In seinen Prager Auftritten bestätigte er, daß keine Revision der bisherigen offiziellen Auslegung des Prager Frühlings beabsichtigt war. Seine Ansprache rief den beklemmenden Eindruck hervor, daß das wirkliche Ziel der Perestrojka nicht in der Demokratisierung der einzelnen Länder bestünde, sondern in einer flexibleren Erhaltung des Status quo. Anders bewegte sich allerdings die außenpolitische Konzeption der Sowjetunion im Verlaufe der folgenden Jahre. Es setzte sich allmählich die Auffassung einer Gleichberechtigung der Nationen und ihres Rechts auf die freie Wahl des Systems durch. Zunächst tauchten solche Auffassungen in den Reden Gorbatschows auf sowie in den Verhandlungen zwischen Ost und West auf der höchsten Ebene, dann wurden sie auch in international verbindliche Abkommen übernommen, etwa in der deutsch-sowjetischen Erklärung vom 13. Juni 1989.<sup>3</sup> Noch einmal offiziell bekräftigt wurden diese Prinzipien in der Rede, die er am 6. Juli 1989 vor dem Europarat in Straßburg hielt.<sup>4</sup>

Die grundlegende Thesen der neuen sowjetischen Politik gegenüber Osteuropa faßte Gorbatschow auf dem letzten normalen Gipfeltreffen des Warschauer Vertrags im Juli 1989 in Bukarest zusammen. Nach seiner Auffassung sollte das neue Modell der sozialistischen Gemeinschaft nach dem Prinzip der „Einheit in der Verschiedenheit“ aufgebaut sein. Jeder Staat solle frei seine Politik realisieren und dabei die Erfahrungen der anderen ausnützen.<sup>5</sup> Diese Tagung scheint sehr dramatisch verlaufen zu sein.<sup>6</sup> Es war offensichtlich die Entscheidung getroffen worden, sich nicht mehr in die inneren Angelegenheiten der anderen Staaten

<sup>1</sup> Zu den wichtigsten Bürgerinitiativen sind zu zählen: die Demokratische Initiative, die Unabhängige Friedensbewegung, die Tschechischen Kinder, der Friedensclub John Lennon, die Bewegung für bürgerliche Freiheiten (HOS) sowie der Klub für sozialistische Neugestaltung (OBRODA), der die Reformkommunisten in sich vereinigte. Erwähnt werden soll auch der Ausschuss für die Verteidigung zu Unrecht Verfolgter (VONS), der 1977 gegründet worden war. Vgl. Otáhal 1994; Schneider 1994.

<sup>2</sup> Ein Beleg für die damalige Stimmung findet sich in den „Samizdat“-Artikel „Vratme se z oblak na zem“ des Dissidenten Milan Hübl, der sich über die damalige sowjetische Politik keine Illusionen machte, und deshalb die Hoffnungen innerhalb oppositioneller Kreise ironisch betrachtete. (Hübl 1990, S. 91-93)

<sup>3</sup> Archiv der Gegenwart vom 12. Juni 1989, S. 33416.

<sup>4</sup> Archiv der Gegenwart, S. 33506. Der vollständige Text der Gorbatschow-Rede in Straßburg wurde veröffentlicht in: Nová doba, 1989, Nr. 29, S. 44-46.

<sup>5</sup> Vestník Ministerstva inostrannych del SSSR, Nr. 14 (1. August), S. 36.

<sup>6</sup> Nach den Erinnerungen des früheren stellvertretenden tschechoslowakischen Premierministers Josef Lenárt begann Nicolae Ceausescu plötzlich eine „... verzweifelte Verteidigung der These über die Einheit der sozialistischen Länder ...“ Interview mit J. Lenárt, Rudé právo, 19. 3. 1993 o.

einzumischen, was größtenteils auf Zustimmung stieß.<sup>1</sup>

Manche Reformer, so Z. Mlynář, wurden der Meinung, daß eine frühere und konsequentere Kritik der sowjetischen Reformer an den Fehlern der Vergangenheit verbunden mit dem Start von Reformen in der Tschechoslowakei eine andere Nachwendeentwicklung, vor allem aber eine größere Stärke der linken, an einem menschlichen Sozialismus orientierten, politischen Kräfte mit sich gebracht hätten.<sup>2</sup>

Die öffentliche Meinung in der Tschechoslowakei wurde am Vorabend der „Samtenen Revolution“ schockiert durch die negativen Äußerungen der Mitarbeiter Gorbatschows, Eduard Schewardnadse und Alexander Jakowlew, über den Prager Frühling und sein Ende. Der konservativen Führung um Jakeš hingegen half eine solche Haltung. Sie intensivierten ihre Bemühungen, die erschütterten Positionen zu festigen. Allerdings liefen ihren Bemühungen die objektiven Entwicklungstendenzen zuwider. Im Sommer 1989 war es schon unmöglich, die beabsichtigte konservative Achse „Berlin-Prag-Bukarest“ zu realisieren.

#### 4. Die Krise des Normalisierungs-Regimes und der kommunistischen Partei

Im alten System war eine Krise wie ein Wandel nicht möglich ohne Zutun der kommunistischen Führung. So war es auch Ende der achtziger Jahre. In diesem Abschnitt sollen, erstens der Differenzierungsprozeß der Parteiführung in dieser Zeit und anschließend der Einfluß von Veränderungen unter den Gesellschaftswissenschaftlern auf den gesellschaftlichen Wandel untersucht werden. In diesem Abschnitt geht es damit um den Beitrag der Akteure in den offiziellen Strukturen zum Systemwechsel.

##### *Die politischen Richtungen in der Führung der Kommunistischen Partei und Möglichkeiten der Linken*

Die anwachsenden Schwierigkeiten, den selbst verkündeten Zielen zu genügen, die Wandlungsprozesse in den Nachbarländern und die generelle Verschiebung der internationalen Kräftebilanz zugunsten des Westens untergruben die nur scheinbare Stabilität des tschechoslowakischen „Normalisierungsregimes“. Davon ausgehend entbrannte auch ein Kampf an der Spitze der KP, innerhalb des früher einheitlichen Lagers der Normalisierer um die Neuverteilung der Machtpositionen. Seit Anfang der 80er Jahre bildeten sich dabei vor allem auf der zentralen Machtebene drei Grundrichtungen aus. Nach außen hin sah es allerdings wegen der fehlenden Informationen über die Prozesse im Machtzentrum lange Zeit so aus, als ob es in der Führung keine Risse geben würde.

Die erste Strömung kann als *Pragmatiker* bezeichnet werden. Ihr stand der Premierminister der föderalen Regierung Lubomír Štrougal (bis 1988) vor. Zu ihr gehörten besonders qualifizierte Spezialisten und Technokraten aus Ministerien, aus dem Staats- und Wirtschaftsapparat, den großen Betrieben, den Hochschulen und wissenschaftlichen Institutionen. Die Pragmatiker bemühten sich namentlich um eine umfassende Wirtschaftsreform, um den Rückgang der Wirtschaftsleistung aufzuhalten, die drohenden sozialen Schwierigkeiten zu mildern und einen Anstieg der Produktion in Gang zu setzen, der eine Erhöhung des Lebensniveaus bringen sollte und die erneute Stabilisierung der Macht. (Prokš 1993 : 53) Angesichts der „ideologischen Überempfindlichkeit“ des politischen Establishments mußten sie sehr vorsichtig vorgehen. Diese Gruppierung konnte seine erheblichen intellektuellen Potenzen nicht voll zur Geltung bringen. Unter allen Richtungen hatte sie den geringsten Einfluß.

Die zweite Strömung waren die *Normalisierungsbürokraten*, die durch den Präsidenten der ČSSR (bis 1987 Generalsekretär der ZK der KSČ) Dr. Gustáv Husák repräsentiert wurden. Diese Richtung setzte sich vor allem aus Funktionären des Parteiapparats aus allen Leitungsebenen, die nach Beginn der „Normalisierung“, also nach der Niederschlagung der Reformbewegung 1968, in ihre Positionen gekommen waren. Der höchste Wert war für sie eine Sicherung des Status quo und die Abwehr aller Bedrohungen. Ihr Manifest war der Beschluß des Zentralkomitees aus dem Jahre 1970 „Lehren aus der Krisenentwicklung“. Immer dann, wenn aus einer Richtung Gefahr für ihre errungenen Positionen drohte, neigten sie sich in die andere Richtung, um der Gegenposition das Übergewicht zu garantieren. Ihre Kraft lag darin, daß sie die Organisationsstruktur der Partei beherrschten und innerhalb der Entscheidungsorgane der Partei die Mehrheit stellten. (Prokš 1993 : 53 ff.)

Als dritte Strömung kann man die *Konservativen*, die durch Vasil Bilak geführt wurden, identifizieren. Ihr Kern wurden durch die kommunistischen Dogmatiker unter den Parteifunktionären im höheren Alter gebildet. Diese Generation war bereits in den 50er Jahren, in der hohen Zeit des Stalinismus, aktiv gewesen und wollte der Partei bis ans Ende ihrer Tage dienen. Ungeachtet ihres Lebensalters verfügten sie im Jahr 1989 noch über großen Einfluß. Und diese Macht nutzten sie dazu, um jede Abweichung vom kanonisierten sowjetischen, genauer

---

<sup>1</sup> Es gibt aber auch andere Stimmen. So schätzte der frühere Studienkollege und Freund M. Gorbatschows, in 1968 als Sekretär des ZK der KPČ tätig, später einer der Initiatoren der „Charta '77“ und Emigrant, Zdeněk Mlynář, ein: „Eine Sache ist es, sich nicht einzumischen, eine ganz andere ist schon, öffentlich zu kritisieren und sich zu bemühen, die Fehler seiner Vorgänger zu kritisieren.“ (Gespräch mit Mlynář in *Literaturnaja gazeta*, 18. 4. 1990). Er äußerte die Meinung, daß es durch eine durchdachtere Politik der UdSSR gegenüber den osteuropäischen Nachbarn möglich geworden wäre, die Sowjetunion mindestens teilweise zu rehabilitieren. Die lang erwarteten Worte, hauptsächlich eine Verurteilung der Intervention im August 1968 betreffend, waren erst zu hören, als die Bürger schon auf den Straßen demonstrierten, und da war es dafür zu spät. In ähnlicher Weise hat Gorbatschow in den Gesprächen mit Polen nicht den Mut gefunden, die Frage des sowjetisch-deutschen Nichtangriffspaktes von 1939 (und seinen geheimen Protokollen), wie auch die Frage der Verbrechen in Katyn offen zu erörtern.

<sup>2</sup> Oskar Krejčí, Berater des letzten Premierministers vor dem November 1989, bewertet die sowjetische Politik in diesen Jahren gegenüber Osteuropa ähnlich kritisch als isolationistisch. (vgl. Krejčí 1991, S. 7) M. Gorbatschow wich einer kritischen Einschätzung der Politik gegenüber den osteuropäischen Verbündeten in den schon veröffentlichten Gesprächen mit Zdeněk Mlynář aus. (Gorbačov 1995)

gesagt: stalinistischen, Konzept der Macht zu verurteilen. Ihre Drohrufe lauteten „Revisionismus“, Verletzung der „Leninschen Grundsätze“ und „Gefährdung des Sozialismus“ oder noch direkter „Konterrevolution“. Sie hatten großen Einfluß auf die Massenmedien, die Institutionen der Kultur, das Bildungs- und Erziehungssystem.

Soweit diese generelle Gliederung der Nomenklatura in drei Strömungen. Darüber hinaus reifte auch in der Tschechoslowakei, sowohl in den Leitungsfunktionen des Staates als auch denen der Partei, ein Generationswechsel heran. Oft strebten dabei die Nachkommen der Normalisierungs-Täter nach den interessanten Arbeitsplätzen in den verschiedenen Leitungsbereichen. Diese junge Generation war weit mehr pragmatisch orientiert als ihre Väter. Sie waren ebenfalls Mitglieder der Partei, aber sie verstanden diese Mitgliedschaft nur als Mittel der Karrierebeförderung. Während der „Normalisierung“ waren sie von einem Startplatz innerhalb des Sozialistischen Jugendverbandes häufig schnell die Karriereleiter emporgestiegen.

Die Angehörigen dieser Strömung der Nomenklatura, man kann sie als „Verbandsmitglied-Richtung“ bezeichnen, waren besser gebildet und - was ebenfalls wichtig ist - lernten manchmal die westliche Welt kennen. Sie beabsichtigten gar nicht, sich mit untergeordneten Posten zufrieden zu geben. Zu Repräsentanten dieser Gruppe wurden z. B. der neue erste Sekretär des Stadtkomitees der KSČ in Prag, Miroslav Štěpán, der Vorsitzende des ZK des Sozialistischen Jugendverbandes, Miroslav Dočkal, aber auch Vasil Mohorita (der nach dem November 1989 bis 1991 einer der wichtigsten Personen der KSČ werden sollte).

#### *Die Gesellschaftswissenschaften und die Macht*

Als in den 50er Jahren ein Reformbedarf in den staatssozialistischen Gesellschaften sichtbar wurde, versuchten die kommunistischen Führungen sich neu zu orientieren und einen Ausweg zu finden. Einer gewissen Wissenschaftsgläubigkeit folgend wurde der Gründung spezieller Forschungsinstitutionen größte Bedeutung beigemessen. Unter diesen Bedingungen entstanden unter Umständen „relativ“ günstige Bedingungen für die Formierung fähiger Forscherkollektive und von Individuen. Allerdings blieb die Existenz dieser Institutionen immer von den Entscheidungen der Macht abhängig. Es handelte sich nicht um unabhängige wissenschaftliche Einrichtungen. Solche Institute und Gruppen gab es in allen Ländern. Diese Wissenschaftlich-politische Einrichtungen konnten in gewissen Moment sehr wichtige Rolle in der Anfangsphase der Transformation von autoritären Staat zur Demokratie abspielen. So in der UdSSR das als besonders produktiv bekannte und Institut das schon in den 30er und 40er Jahren existierende Institut für Weltwirtschaft und Weltpolitik in Moskau, dessen Direktor lange Jahre bis zu seiner Entlassung wegen „Kosmopolitismus“ der bekannte Jenő Varga war (vgl. Duda 1994). In Polen handelte es sich beispielsweise um eine große Gruppe von Reformökonomern mit Włodzimierz Brus und Kazimierz Laski, beide Schüler von Oskar Lange. (Brus, W./Laski, K. 1992) In Polen spielte außerdem die Soziologie eine große Rolle. Sie konnte sich gegen alle dogmatischen, aus der Sowjetunion kommenden, Bemühungen durchsetzen, sie als „bürgerliche Wissenschaft“ zu unterdrücken. In der DDR kam es Anfang der 60er Jahre zur Bildung einer Gruppe von Ökonomen, die das Konzept der „Neuen Ökonomischen Politik“ vorbereiteten.

Auch in der Tschechoslowakei formierten sich im Laufe der 60er Jahre, natürlich unter der Kontrolle der KSČ, qualifizierte Forschergruppen mit unabhängig denkenden Persönlichkeiten. Die Gruppe produktiver Ökonomen wurde durch Ota Šik geleitet, die der Soziologen von Pavel Machonin, unter den Politikwissenschaftlern ragte Zdeněk Mlynář heraus (dazu auch Lubomír Brokl, Petr Pithart und die andere), bei den Philosophen bildete sich eine Gruppe unter Leitung von Radovan Richta. Allerdings hatte die wissenschaftliche Diskussion über Reformen auch deutliche Grenzen. So diskutierte man selbstverständlich kaum die Frage des Funktionierens des politischen Systems. Speziell in der Tschechoslowakei und in der DDR wurden in den 60er Jahren die Fragen der Modernisierung der industriellen Gesellschaft diskutiert. Der Diskurs entwickelte sich unter Stichworten wie „wissenschaftlich-technische Revolution“ und „Produktivkraft Wissenschaft“. (Teßmann 1962) „Eine erhebliche Bedeutung bei der Formulierung einer Reformstrategie in den sozialistischen Ländern hätte der institutionalisierten Wissenschaft zukommen können. ... Bereits 1968 hatten Sozialwissenschaftler in der ČSSR nach den Folgen gefragt, die das Aufkommen der wissenschaftlich-technischen Revolution, wie der Terminus in den sozialistischen Ländern lautete, für die politischen und gesellschaftlichen Systeme der Sozialismus haben werde.“ (Glaeßner 1994 : 39)<sup>1</sup> Die Antwort der Gruppe um Richta lautete: „In der wissenschaftlich-technischen Revolution ist die Wissenschaft Produktivkraft par excellence und zwingt zu einer immer stärkeren und schließlich universalen Integration des Wirtschafts-, Sozial- und Kulturlebens. Jede Barriere, jedes Monopol wird bei ihrem Eindringen in das Leben der Gesellschaft früher oder später zum bremsenden Ballast.“ (Richta u. a. 1971 : 117)

Soweit die Entwicklung in den 50er und 60er Jahren. Für die 80er Jahre sind andere Namen zu nennen. In der UdSSR hat Anfang der 80er Jahre die Abteilung für soziale Probleme im Institut für Wirtschaft und Organisation der Industrieproduktion der Akademie der Wissenschaften in Akademgorodok bei Nowosibirsk (die Soziologin Tatjana Zaslavskaja) durch ihre neuartigen Ideen ein großes Interesse hervorgerufen.<sup>2</sup> Auch aus dem Institut für die Wirtschaft des sozialistischen Weltsystems in Moskau (Direktor war Oleg Bogomolov) sind schon ab

<sup>1</sup> Bezogen auf die Quelle der Diskussion, den Zeitpunkt ihrer Entstehung irrt sich meiner Meinung nach, G. J. Glaeßner. Den Begriff der wissenschaftlich-technischen Revolution hat J. D. Bernal in den wissenschaftlichen Diskurs eingebracht (vgl. Bernal 1956). Seine Einstellung inspirierte Kurt Teßmann zur Ausarbeitung des Buches mit einer solchen Thematik (vgl. Teßmann 1962).

<sup>2</sup> Anfangs handelte es sich um ein Referat über „Die Probleme der Vervollkommnung der sozialistischen Produktionsverhältnisse und die Aufgaben einer Wirtschaftssoziologie“, welches unter dem Namen „Nowosibirsker Dokument“ in: Osteuropa, 1984, Nr. 1, S. A 1-A 25, veröffentlicht wurde.

Ende der 70er Jahre Analysen bekannt geworden, welche den Zustand des damaligen Staatssozialismus ganz kritisch beurteilten.<sup>1</sup> In der tschechoslowakischen Gesellschaft entstand ebenfalls ein solches wissenschaftliches Zentrum zur Vorbereitung von Reformen, das Institut für Prognostik.

#### *Die Rolle des Institut für Prognostik*

Nach scharfen Diskussionen in den Leitungsgremien der Partei wurde die Errichtung eines Kabinetts für Prognostik beim Präsidium der Akademie der Wissenschaften beschlossen. Gründungsdatum war der 1. Februar 1984. Zwei Jahre später ist daraus das Institut für Prognostik entstanden. Sein offizieller Auftrag war, eine komplexe Analyse des Zustandes der Gesellschaft zu geben und Varianten der weiteren Entwicklung vorzuschlagen. Es ist dem ersten und einzigen Direktor dieses Institutes Valtr Komárek trotz verschiedener Schwierigkeiten gelungen, ein hoch qualifiziertes Team für diese Aufgabe zu sammeln, welches Analysen der tschechoslowakischen Gesellschaft in den 80er Jahren und ihrer Entwicklung bis 2010 vorbereitete. Sie wurden allerdings von der Führung der KSČ zurückgewiesen und erst nach dem November 1989 veröffentlicht. Vorgesehen wäre gewesen, mit dem XVIII. Kongreß der KSČ 1990 umfassendere Reformen zu starten. Dazu kam es bekanntlich nicht mehr. Am 14. November 1989 wurde das Institut für Prognostik aufgelöst.<sup>2</sup>

Das Institut wurde in der Zeit bis zum Herbst 1989 eine Art großer Reformgenerator. Auf dem Höhepunkt seiner Tätigkeit im Jahre 1989 arbeiteten hier fast 120 wissenschaftliche Mitarbeiter. Später dann ging ein Teil dieser Mitarbeiter in den Braintrust des Bürgerforums ein. Andere wurden wichtige Persönlichkeiten der sich formierenden Opposition bzw. der sich bildenden neuen politischen Parteien. Offensichtlich war das Institut sowohl ein Experimentierfeld der tschechoslowakischen Transition als auch Entstehungsort einer Gegenelite.

### **5. Die Entwicklung der oppositionellen Linken Ende der achtziger Jahre**

Die Vorstellungen und Aktivitäten der Dissidenten im Jahre 1989 zielten auf eine Beeinflussung der Macht, nicht aber auf deren Eroberung. Diese Bemühungen waren besonders in Prag von gewissen Erfolgen gekrönt, wovon die Staatsmacht wußte. Sie konnte allerdings zu diesem Zeitpunkt, im letzten Jahr vor dem Herbst 1989, nur noch mit administrativen Methoden reagieren. Ständig drohte das Abgleiten ihrer administrativen Gegenmanöver in offene Gewalt.

#### *Die Stellung der nichtkommunistischen oppositionellen Linken*

In den achtziger Jahren hatte sich die Situation im oppositionellen Lager gewandelt. In den siebziger Jahren standen Menschen im Vordergrund der Opposition, die eine tiefe Beziehung zum Prager Frühling, zum Versuch einer Transformation der Gesellschaft in Richtung auf den demokratischen Sozialismus hatten. Das war noch in der „Charta '77“ der Fall gewesen. (vgl. Prečan 1990) Im nächsten Jahrzehnt führte die schnelle Entwicklung und das Anwachsen der politischen Spannungen in der Gesellschaft zu einer Differenzierung der Opposition, die aber bis heute nicht hinreichend erforscht ist. Während die „Charta '77“ die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zog, standen andere Gruppierungen im Schatten.

Generell hatten die linken Orientierungen an Einfluß in Dissent in 80er Jahre verloren, so etwa wie der in den siebziger Jahren sehr bekannte Eurokommunismus. Eine der wenigen Gruppen, die gegenüber dieser breiten Tendenz eine Ausnahme bildeten, war „Obroda“, die sich offen zur Tradition des demokratischen Sozialismus bekannte. Ihre Entwicklung soll nachfolgend als erste untersucht werden.

#### *Obroda*

Der Klub za socialistickou představu - Obroda (Klub für eine sozialistische Umgestaltung - Wiedergeburt), welcher vor allem ehemalige Reformkommunisten (Persönlichkeiten des Jahres 1968, die im Verlauf der Säuberungen aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen wurden) vereinte, ist erst Ende 1988 entstanden (vgl. Blehova 2006 : 82-88). Doch schon lange Jahre vor 1988 haben sich die damalige Reformkommunisten aus 1968 systematisch versammelt um die politische Lage in der Tschechoslowakei zu diskutieren. Programmatisch am engsten zur Obroda war die sozial demokratische orientierte *Společnost pro studium demokratického socialismu* (Gesellschaft für die Erforschung des demokratischen Sozialismus) und auch von Rudolf Batěk geleitete sozial demokratische Flügel der *Hnutí za občanskou svobodu* (Bewegung für die bürgerliche Freiheit, HOS).

#### *Die Vorstellung über den anzustrebenden Sozialismus*

Entwurf von Programmprojekt von „Obroda“ kommt aus Dezember 1988 und zwar unter dem Titel „Für die weitere Entwicklung des tschechoslowakischen Sozialismus“ hervor.<sup>3</sup> Im Programmprojekt wurde eine systematische Darstellung der tschechoslowakischen Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg gegeben. Alle wichtigen gesellschaftlichen Bereiche wurden analysiert. Die Programmklärung wurde damals an die offiziellen

<sup>1</sup> Vgl. Bogomolov 1985 : 82-93 sowie 1987 : 92-102

<sup>2</sup> Interessanterweise war der neuen Regierung das Institut ebenfalls nicht nützlich und wurde nach der Neugründung schon im Jahr 1991 erneut aufgelöst durch die Regierung, in der viele seiner früheren Mitarbeiter Minister wurden. Vielleicht möchte das neue Establishment ebenfalls keine kritische Bewertung bekommen. (Siehe zur Arbeit des Institutes: Komárek 1990 : 9-317)

<sup>3</sup> Programový návrh Klubu za socialistickou představu Obroda Za další rozvoj československého socialismu, S. 36. Archiv Ústavu soudobých dějin, Sammlung Obroda, ohne Sign. Vgl. Otáhal 1996 : 67.

Organisationen, vor allem die KP, und an die breite Öffentlichkeit adressiert. Es wurde auf die humanen Traditionen des Sozialismus und ihre Verankerung im eigenen Land verwiesen. Es wurden Beziehungen zur Erneuerung des Sozialismus in der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern hergestellt. Die Verfasser hielten dieses Programm nur für „eine der möglichen Alternativen von Inhalten, Formen und Wegen der sozialistischen Entwicklung in unserem Land. Es stimmt in einzelnen Punkten überein, in anderen unterscheidet er sich aber von der Stellungnahme der Obroda. Gleichzeitig behandelt es auch die Entwürfe der anderen unabhängigen Bürgerinitiativen, untersucht, inwieweit sie nützlich sind für die Ziele, die wir selbst setzen“<sup>1</sup>.

Die konkrete Vorstellungen über den anzustrebenden Sozialismus wurden in der Erklärung von Obroda vom 15. Februar 1989 dargelegt und mit folgenden Sätze eingeleitet: „Wir sind Bürger, die von den humanen und sozialen Werten der sozialistischen Ordnung in der Gesellschaft überzeugt sind. ... Wir sind der Meinung, daß diese Ordnung besonders durch die demokratische Selbstverwaltung des freien Volkes charakterisiert wird, durch eine effektive pluralistische Wirtschaft, durch eine von Ausbeutung und anderem entfremdenden Unrecht befreite Arbeit, durch Bürgergleichheit und Gerechtigkeit, durch einen ganzen Komplex von sozialen Sicherheiten, die Garantien des Rechtsstaates, durch eine entwickelte Bildung und Kultur, durch den Einklang der menschlichen Aktivitäten mit der Natur als dem Fundament des Lebens sowie durch die Entwicklung geistiger Werte, der nationalen und internationalen Traditionen.“<sup>2</sup> Obroda wollte zu einem „grundsätzlichen nationalen Konsens aller Gesellschaftsklassen und -gruppen sowie der Ideen- und Meinungsströmungen beitragen, um so eine politische Atmosphäre zu schaffen, die eine Perestrojka begünstigen würde.“ Nach seiner Vorstellung hatte der Klub die Aufgabe, in Richtung auf zwei sehr verschiedene Akteursgruppen zu agieren: Einerseits wollte er die Bestrebungen der anderen unabhängigen Gruppen unterstützen und koordinieren, andererseits strebte er nach Kontakten mit der Führung der KSČ und hoffte auf Reformschritte von Kommunisten. Obroda, heißt es im Papier vom 15. 2. 1989, „wird sich dabei das Recht auf unabhängige Stellungnahmen vorbehalten wie auch das Recht, jeweils eigene, unabhängige Entwürfe vorzulegen, wie das dem Prinzip der Meinungspluralität und der Bildung einer öffentlichen Meinung entspricht.“<sup>3</sup> Allerdings erste offizielle Erklärung von Obroda wurde das im Lande kaum richtig zur Kenntnis genommen, anders als die „Charta '77“, die wenigstens in den offiziellen Massenmedien stark kritisiert wurde; über Obroda drangen fast keine Informationen an die Öffentlichkeit.<sup>4</sup>

Einer der Repräsentanten von „Obroda“, Vojtěch Mencl, traf am 21. Februar 1989 mit Jan Bouchal, Leiter der Abteilung der ZK der KPČ für die Gesellschaftsorganisationen zusammen. Sie verhandelten über die Programmatik von Obroda und über die mögliche Zusammenarbeit (Obroda 1996 : 64-69, Dok. Nr. 23, 24). Der Parteiapparat beobachtete trotzdem diese Aktivität mit wachsender Unlust, die Funktionäre befürchteten, ihren Einfluß auf diesen, nicht unerheblichen Teil der Gesellschaft zu verlieren. Am 4. Mai 1989 kam zur zweiten Treffen zwischen V. Mencl und Jan Bouchal. Am 17. Juni versuchte der Klub „Obroda“, eine Tagung seiner Zweigstellen aus den tschechischen Ländern in Prag einzuberufen. 2 Tage vor der Tagung wurde es jedoch von Ministerium des Innern bekanntgemacht dass die Tagung nicht gestattet ist (Císař 1998 : 611). Seinen Delegierten gelang es trotzdem, sich an einem anderem, früher vorbereiteten Ersatzort, zu versammeln (in der Wohnung von Jan Urban) und die Petition „Einige Sätze“, welche im Frühling 1989 von der „Charta '77“ veröffentlicht wurde, zu unterschreiben. In der Petition wurde die Befreiung der politischen Häftlinge verlangt, eine freie Tätigkeit der unabhängigen Initiativen, die öffentliche Diskussion zur allen Fragen der Geschichte, Politik und zu den wichtigen Investitionsvorhaben (vgl. Mencl u. a. 1990 : 394). An dieser Sitzung wurde der Entwurf der 84 Programatischen Thesen von Obroda Klub, eigentlich das wichtigste programmatische Material von Obroda diskutiert. (Obroda, Dokumenty, 1996 : 105-115) Die Vorbereitung zur Program Thesen ist seit Dezember 1988 begonnen, wenn die erste Version im Umfang von 42 Seiten entstanden ist, deren Autor ist maßgeblich Čestmír Císař zu bezeichnen). (vgl. Císař 1998 : 609) Mit weiteren Bearbeitung der Thesen beschäftigte sich weiter Redaktionskommission – Miloš Hájek, Miloš Bárta, Igor Kratochvíl, Čestmír Císař, Vojtěch Mencl, Václav Kural, Věnek Šilhan, Josef Domanský, Vaclav Vrabec. Die Thesen sind bis 12. Juni 1989 vervielfältigt worden und als Nr. 4, des Obroda Zeitschrift Dialog verbreitet. Öffentliche Diskussion begann am 17. Juni 1989.

Doch, die Versuche, an die Gespräche zwischen Obroda und KSČ anzuknüpfen, wurden schließlich von Seiten der KSČ stillgelegt. Die Entscheidung wurde in der Sitzung der ideologischen Kommission des ZK der KSČ am Morgen, den 17. November 1989 getroffen.<sup>5</sup> Gen. Sekretär der KSČ Miloš Jakeš bei der Gespräch in Moskau

<sup>1</sup> Programový návrh Klubu, op.cit. S. 36.

<sup>2</sup> In: Prohlášení přípravného výboru Klubu za socialistickou přestavbu Obroda, S. 1, Obroda. Klub za socialistickou přestavbu. Dokumenty. Zdeňka Kokošková/ Stanislav Kokoška, Praha 1996, Dok. Nr. 12, S. 48.

<sup>3</sup> Prohlášení přípravného výboru Klubu za socialistickou přestavbu Obroda, S. 3.

<sup>4</sup> Eine der wenigen Ausnahmen war Aufsatz von Kommentator von Rudé právo, Jaroslav Kojzar: Obroda – ale čeho, in. Rudé právo, 15. 2. 1989 (Nr. 39), S. 2.

<sup>5</sup> Die Begründung dafür lautete folgendermaßen: „Gerade durch diese reformsocialistische Auffassung, die Auffassung eines demokratischen Sozialismus, können die Dokumente des Klubs Obroda sehr interessant sein für verschiedene Schichten unseren Gesellschaft, hauptsächlich für die soziale Schicht der Intelligenz. Es gibt in diesen Dokumenten eine gewisse Kontinuität mit einer längst vergangenen oder auch nicht so entfernten Vergangenheit, kräftige Tendenzen des Sozialdemokratismus, Liberalismus und Masarykismus in unserer Geschichte ... Indem er unsere Probleme, Nachteile und Fehler kritisierte, konnte „Obroda“ sehr einfach einen Widerhall im Alltagsbewußtsein ... finden“

Zitiert aus: Ideově politická východiska a názory opozičních skupin, schůze ideologické komise ÚV KSČ 17. října 1989. Národní archiv, Fond ÚV KSČ, IK 8/24, Nr. 199/24. Zit. nach Otáhal 1994 : 68.

mit Michail Gorbatschow äusserte die Meinung, dass man wird die Obroda nicht anerkennen. Gorbatschow zur dieser Sache sagte nichts.<sup>1</sup>

Schliesslich und endlich Obroda hat nicht in der Rahmen der oppositionellen Aktivitäten gegen den kommunistischen Regime die Schlüsselrolle gespielt. In der Zeit der November Wende ist sie als Teil der Bürgerforum geworden, deren Vertreter trotzdem haben aber nicht die über die wichtigen Funktionen verfügt. Desto weniger Obroda die Entwicklung nach November beeinflussen konnte. Die Ideen von Obroda, haben einfach nicht in der tschechoslowakischen Gesellschaft nötige Resonanz gefunden. (vgl. Otáhal 1994 : 68) Die Bedeutung von Obroda ist damit zu würdigen, dass sie ist überhaupt entstanden. Obroda hat nämlich die existierende oppositionelle Spektrum nachgeföhlt, und zwar genau dort, wo es den Regime war es sehr unangenehm war. Deren ständige Vorstellungen über die Umdenken der Ereignisse des Jahres 1968 a wiederholte Appelle and die sowjetische KPdSU Repräsentation und auf die Reihen Mitglieder der KSČ, haben gezielt die tschechoslowakische Regime an der schwächsten Platz getroffen. Rückzug der Obroda aus der Spitzenpositionen der tschechoslowakischen Politik in der November Tagen bedeutete das Verlust der Möglichkeit für die Formulierung der Ideologie des sozialen Konsensus. Evolutionszenario der Transformationsentwicklung verlangte von Anfang die Ideologie des sozialen Konsensus, diese konnte nicht die Gruppe der Dissidenten um Václav Havel geben, sondern die frühere Reformkommunisten.

#### *Auftritt der Persönlichkeiten der Prager Frühling 1968*

Nach langem Schweigen meldeten sich einige Persönlichkeiten des Prager Fröhlings 1968, welche den Linken treu geblieben waren, wieder zur aktiven politischen Tätigkeit im Rahmen der Opposition zurück. Selbst Alexander Dubček traf sich im April 1989 mit Václav Havel, um sich gegenseitig die Standpunkte und Möglichkeiten einer Zusammenarbeit in der Opposition zu erläutern. A. Dubček forderte danach mehrfach das ZK der KSČ zu einer aktiveren Unterstützung der Umgestaltung auf. Jedoch reagierte die Jakeš-Führung nicht auf Dubčeks Aufforderungen, diese wurden erst nach ihrer Veröffentlichung in westlichen Massenmedien bekannt, so wie etwa der Brief vom 23. Juni an den Generalsekretär der KSČ, der erst am 1.8. durch den Emigrationsverlag Jan Palach in London veröffentlicht wurde. Dubček forderte die kommunistische Führung zur Verhandlung mit der Opposition am Runden Tisch und zur Erneuerung der Parteimitgliedschaft der halben Million Parteimitglieder auf, die nach der Intervention aus der Partei ausgeschlossen worden waren. Er verteidigte dabei das Aktionsprogramm aus dem Jahre 1968. Er warnte die Prager Führung vor einem Angriff auf die Reformen in Polen und Ungarn, wobei er als Argument deren Ähnlichkeit mit Reformen in der Sowjetunion anführte.<sup>2</sup>

Die Prager Führung reagierte natürlich auf den Brief mit ihren Mitteln. Václav Havel wurde vorübergehend aufgehalten. Der Erste Sekretär des Stadtkomitees der KSČ in Prag, M. Štěpán, gab bekannt, daß die Sicherheitskräfte sich während des Jahrestages vom August 1968 auf die Partei verlassen könnten, falls es zu antisozialistischen Provokationen kommen sollte.

A. Dubček und Oldřich Černík, der frühere Premierminister der ČSSR-Regierung von 1968, schickten gemeinsam einen Brief an die Regierungen der Mitgliedstaaten der Warschauer Vertrags, die sich an der August Intervention 1968 beteiligt hatten. Sie forderten die Revision ihrer Stellungnahmen. Dieser Brief war der erste öffentliche Auftritt von O. Černík nach dem Jahr 1969, als er vom Posten des Premierministers abgelöst worden war.<sup>3</sup> Čestmír Císař hat mehrere Briefe an 1. Sekretär der ZK der KPdSU Alexander Jakovlev geschrieben und geschickt. In der Brief am 9. Mai 1989 berichtet er ausführlich über politische Lage in Tschechoslowakei, als auch über die Tätigkeit von Obroda.<sup>4</sup> (Obroda, Dokumenty 1996 : 94-97; Císař 1998 : )

#### **6. Die Linke unmittelbar vor, während und nach dem Herbst 1989**

Im kritischen Jahr 1989 hatte die Jakeš-Führung weiterhin versucht, mittels einer Politik der Improvisation zu überleben. Ihre Politik läßt sich in Ostmitteleuropa nur mit der Entwicklung in der DDR vergleichen. Neokonservative Kräfte versuchten, eine neue Runde ihrer bekannten Repressionen gegen Bürger zu beginnen, welche sich öffentlich (durch Unterschriften, Diskussionen oder Aktionen) für die Standpunkte der Opposition einsetzten. In dieser sich schnell dynamisierenden Lage war es absehbar, daß es zur offenen Konfrontation und zum Ausbruch der Empörung kommen mußte. Es handelte sich nur noch um die Frage des Zeitpunkts.

Allerdings war der sichtbare Widerstand nicht ausreichend, um die Führung zu Änderungen zu bewegen. Die Parteiführung wollte bis zum letzten Moment nicht zugeben, daß sie die Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung verloren hatte, und auch die Arbeiterklasse schon lange nicht mehr hinter der Partei stand. Das zeigte auch der Auftritt von Miroslav Štěpán (leitende Sekretär der Stadtkomitee der KSČ in Prag) in den ČKD-

<sup>1</sup> «Якеш: О людях 1968 г. С массой мы работать начали. Сейчас исключенные из партии создали клуб „Возрождение“, просят принять его. Мы на это не пошли и, вероятно не пойдём, народ не хочет повторения 1968 г.» In: Gorbáčov fond (Moskau), Zapis osnovnogo soderžanija besedy M. S. Gorbáčeva s M. Jakešem, 18. 4. 1989, F. 1, Sign: 89apr18b.doc, S. 4.

<sup>2</sup> AP von 1. August 1989, in: Česká tisková kancelář - zahraniční aktuality /weiter ČTK-ZA/, 1. August 1989, ECS 4-5.

<sup>3</sup> APA, 4. August 1989. Nach ČTK-ZA, 4. August, ECS-5. Der polnische Sejm hat am Donnerstag, den 17. August 1989 den durch die Sowjetunion geleitete Einmarsch in die Tschechoslowakei verurteilt (335 Abgeordnete stimmten dafür, nur 1 war dagegen, bei 8 Enthaltungen). Die Leitung der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei erklärte einen Tag früher, daß sie sich nicht mit dem Einmarsch Invasion in die Tschechoslowakei am 21. August 1968 identifiziert.

<sup>4</sup> Wie auch immer aus Moskau keinen Antwort kam.

Werken im November. Er forderte die Unterstützung der Arbeiter, wurde aber von ihnen ausgepöffelt und ausgelacht. Štěpán hat durch seine Machtarroganz den tiefen Graben zwischen KSČ und Gesellschaft noch weiter vertieft. Nach dem offenen Ausbruch der gesellschaftlichen Proteste, in der Woche vom 20. bis zum 26. November, verlor die konservative Führung völlig die Offensive, fiel in wachsendem Maße in Verwirrung. Es zeigte sich, daß sie völlig unvorbereitet war und ohne irgendein Konzept dastand.

Für die kritischeren Mitglieder der Partei waren die Ereignisse allerdings gar nicht überraschend. Die Unvermeidlichkeit einer umfassenden Demokratisierung und von radikalen Wirtschaftsreformen war ihnen schon längere Zeit einsichtig. Mit Sorge wurde von ihnen zur Kenntnis genommen, daß die konservative Führung der Partei sich auf keine Umgestaltungen einlassen wollte und wie eh und je auf die Panzer der roten Armee setzte. Diese Orientierung wurde zwar nicht offen verkündet, wurde aber daraus deutlich, wie die Führung auf die polnische und ungarische Entwicklung einerseits, auf die gegen Reformen gerichtete Position Honeckers andererseits reagierte. Es soll hier nicht ausführlich untersucht werden, warum dieser kritische Teil der Mitgliedschaft nicht als selbständige politische Kraft vor dem November 1989 aufgetreten ist und welche Möglichkeiten er gehabt hätte, die Situation in der Krise zu beeinflussen.

Die wichtigste Ursache ihres politischen Versagens liegt nicht in der Existenz von innerparteilichen Disziplinierungsinstrumenten. Eher liegt ihre Passivität darin begründet, daß sie die Organisationsprinzipien der Partei innerlich akzeptiert hatten und insofern sich nicht vorstellen konnten, daß eine Reform anders als von oben beginnen könnte. Zusätzlich zu den internalisierten Verhaltensnormen wirkte die unausgesprochene Existenzdrohung gegen jeden, der in der Partei eine andere Position als die Führung einnahm.

Die Handlungsunfähigkeit der kommunistischen Partei läßt sich nur als *institutionelle Krise* begreifen. Die vorherrschenden Organisationsprinzipien und Disziplinvorstellungen haben in der Krise völlig versagt. Es zeigte sich, daß die Organisation auf Konflikte nur traditionelle Antworten hatte (den Einsatz von Gewalt), und - falls diese nicht zur Verfügung stehen - handlungsunfähig ist. Das zeigte sich sowohl in der Passivität der alten Führung als auch darin, daß die Mitarbeiter des Parteiapparates ohne Direktiven von oben einfach auseinanderliefen. Selbst viele leitende Mitarbeiter warfen im Moment der Krise einfach ihre Parteiausweise hin. Der direktiv-bürokratische Mechanismus der politischen Führung des totalitären Regimes hatte im entscheidenden Moment versagt.<sup>1</sup>

#### *Reformströmungen innerhalb der kommunistischen Partei und Prozess der Abspaltung*

Die Geschwindigkeit des Machtverfalls beschleunigte sich so sehr, daß die Formierung einer innerparteilichen Strömung zur Unterstützung einer Reform im Sinne Gorbatschows bis zum Ausbruch der Wende nicht abgeschlossen wurde, und sie sich erst öffentlich äußerte, als die Demonstrationen schon begonnen hatten. (Otáhal 1994 : 80)

Eine gewisse Ausnahme stellte ein Diskussionsklub links orientierter und kritischen Personen dar, der im Sommer 1989 unter dem Namen „Gesellschaft von Bohumír Šmeral“<sup>2</sup> gegründet wurde. Seine Mitglieder kamen vom Institut für Prognostik, der Parteischule der Prager Stadtorganisation der KSČ sowie aus einem engeren Kreis von Sympathisanten aus anderen Teilen der Gesellschaft, meist Intellektuellen von aller Professionen. Dieser Klub wurde zunächst auf informeller Grundlage formiert.<sup>3</sup> Ihre Anzahl stieg nicht stark über ein Hundert, die Beziehungen untereinander wurden entweder bereits über Mitarbeiter von Parteisekretariaten, oder informell organisiert (persönliche Beziehungen). Am 14. November, dem Tag, als das Institut für Prognostik insgeheim durch die Führung aufgelöst wurde, vereinbarte man, daß der Klub innerhalb von zwei Wochen in eine offizielle Parteiplattform umgewandelt werden sollte. Vom informellen Einfluß dieses Klubs zeugt auch, daß einige seiner Mitglieder am 18. November Abend zur Beratung in den Činoherní klub eingeladen wurden. (Hier wurde Bürgerforum gegründet).

Am 20. November wurde der Klub „Gesellschaft von Bohumír Šmeral“ in das „*Demokratische Forum der Kommunisten*“ (DFK) umbenannt, welches innerhalb der Kommunistischen Partei tätig sein wollte.<sup>4</sup> Später wurde beschlossen, daß ein Teil innerhalb der Partei, der andere außerhalb tätig sein will. Am 27. November wurde das von Miloslav Ransdorf<sup>5</sup> ausgearbeitete Programm verabschiedet (Programové teze DFK 1989).<sup>6</sup> Als Ziel wurde die Öffnung der kommunistischen Bewegung formuliert. Dabei sollten die Gedanken von Antonio Gramsci eine große Rolle spielen.<sup>7</sup>

Die Programm Thesen beinhalteten viel von längeren philosophisch-politischen Überlegungen von Historiker und Philosoph Miloslav Ransdorf, speziell in der Passage über „Sozialismus und moderne Zivilisation,“ und „Sozialismus und neue gesellschaftliche Rationalität“. In der Teil über Wirtschaft entwickelte Ransdorf Ergebnisse der schon in Institut für Prognostik konzipierten Prinzipien der tschechoslowakische Wirtschaftsreform für die 1990er

<sup>1</sup> Vgl. *Poslední hurá* (1992). *Speziell von Interesse ist dabei der aggressive Auftritt von Verteidigungsminister Milan Václavík*. S. 68-70.

<sup>2</sup> B. Šmeral war einer der Mitbegründer der KSČ in 1921.

<sup>3</sup> *Bude DFK novou politickou stranou? Průboj*, 3. Januar 1990, S. 1-2.

<sup>4</sup> *Prohlášení demokratického fóra komunistů*, 20. 11. 1989. Autor der Erklärung war M. Ransdorf.

<sup>5</sup> Mitarbeiter des Instituts für Prognostik der Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften.

<sup>6</sup> M. Ransdorf setzte sich weiter für die neokommunistische Orientierung, ganz gegen den Vorstellungen von Jiří Kofránek, Pavel Smutný, Rudolf Pěvrtil und anderen, die Weg von kommunistische Ideologie und Partei durchsetzen wollten.

<sup>7</sup> *Programové teze DFK 1989. Eigenes Archiv, Emil Voráček.*

Jahre. Das DFK entwickelte im November einen relativ große Druck in Richtung auf eine Modernisierung der KSČ.<sup>1</sup> Bis 2000 Sympathisanten des DFK versammelten sich am 7. Dezember 1989 in Prag (in Kongresspalast der PKOJF). Es wurde in der Hauptreferat berichtet, dass sich mehr als 50.000 Leute zur neuen Bewegung melden (Mitglieder der KSČ und Nicht-Mitglieder).

In Schluss des Referates wurde wörtlich festgestellt: „... die starke, aktive und Prinzipientreue DFK, der Motor der Erneuerung der Partei, der Umgestaltung der KSČ in die demokratische Partei sein muss...“<sup>2</sup> Kurz danach wurde Koordinationszentrum der DFK vereinbart. Auf dem außerordentlichen Parteitag, am 19.-20. Dezember 1989, beteiligten sich 50 DFK-Vertreter als Beobachter.<sup>3</sup> Die Regie dieser Tagung lag allerdings in den Händen der Spitzen Funktionäre des Jugendverbands (Socialistický svaz mládeže). Hier haben sich schon starke Meinungsunterschiede zwischen einzelnen DFK Mitglieder gezeigt, über weiteren Schritte, die an die politische Entwicklung reagierten. DFK reagierte an die Ablauf des „Kongress der Auswegslosigkeit“ mit weiteren kritischen Erklärung mit Aufruf um die neue Organisationen der DFK in der Regionen zu bilden.<sup>4</sup>

Mehr als 2500 Aktivisten der DFK aus der ganzen Tschechien diskutierten die Ergebnisse der ausserordentlichen Parteitag der KPČ und weitere Entwicklung der Bewegung nach 17. 11. 1989 am 6. 1. 1990 in Prag. An der Tagung sind auch Stellvertreter der KSČ und Obroda teilgenommen.<sup>5</sup> Zwischen Vertreter der Koordinationskomitee der DFK wurden aktiv besonders Rudolf Přebrátil, Jaromír Sedlák, Pavel Smutný, Milan Maršálek, J. Maczner und Ladislav Zvolský.<sup>6</sup> Die rege Tätigkeit des DFK kam jedoch zu spät. Der Ausbruch der Unzufriedenheit der Bürger fegte alle Vorstellungen über Reformen im alten System weg und der gesellschaftliche Wandel nahm eine ganz andere Richtung. Außerdem war es von Anfang an klar, daß manche Leute in dieser Reformbewegung nichts weiter als eine Brücke sahen, über die sie aus der Partei austreten und sich in den Augen der Öffentlichkeit von ihrer Vergangenheit reinigen konnten. Anderen war das Tempo der Erneuerung der Partei zu langsam, teilweise berechtigt, teilweise unberechtigt. Nach längeren Waagen Koordinationszentrum der DF(K) am 26. 1. 1990 entschieden die bisher politische Bewegung in die selbständige moderne linke politische Partei zu bauen.<sup>7</sup>

Aus DF(K) und anderen kleineren politischen Gruppen ist dann „Československé demokratické fórum“ (das Tschechoslowakische demokratische Forum) entstanden, welches sich erfolglos an den ersten freien Wahlen im Juni 1990 beteiligte. Allerdings kamen sie auf fast 2 % der Stimmen.

Doch Entscheidung war immer noch nicht einfach. Gemäss der Ablauf der Diskussionen in Regionen und grossen Städten etwa 60% Mitglieder der DF(K) die radikale Abgrenzung von KPČ verlangten, 20% wurden für die weitere verbleiben in der Kommunistische Partei, mit Hoffnung dass KPČ wird fähig sich an Prinzipien der Demokratie zu erneuern und ganze 20% blieben unentschieden.<sup>8</sup>

Es zeigte sich, „daß der wichtigste Mangel der Linken in der Gegenwart das Defizit an den Verhältnissen angemessener Organisationsformen ist.“<sup>9</sup> Andere Mitglieder der DFK blieben in der KSČ und formten eine verhältnismäßig effektive Gruppe von Analytikern, welche sich als sehr nützlich in der weiteren programmatischen Arbeit und den Wahlkampagnen der Partei erwiesen.

Neben DFK formierten sich bald auch andere kleine Gruppen, doch war ihr Einfluß sehr gering. Unter diesen war vielleicht der wichtigste der *Klub der Selbstverwaltungskommunisten*. Außerhalb der Städte war der Einfluß der Reformkommunisten noch schwächer. Allerdings hatten die Kommunisten als Ganzes - wie sich schon bei den ersten Kommunalwahlen im Herbst 1990 zeigte - hier einen besseren Ruf, weil sich in den letzten 40 Jahren im Alltag vieles positiv verändert hatte.

Eine andere Gruppierung, die Partei „*Nezávislá levice*“ (die unabhängige Linke, NL) - gegründet am 6. Januar 1990<sup>10</sup>, - wagte es erst gar nicht, sich an den ersten freien Wahlen zu beteiligen, mit Begründung, dass man sich lieber an die Herbst Kommunalwahlen orientieren sollte. Anfang ihre Tätigkeit war trotzdem gewissermasse vielversprechend. Am 6. 1. 1990 ist die Erklärung der Vorbereitungscommittees veröffentlicht.<sup>11</sup>

Am 24. 2. 1990 fandete der Gründungsparteitag der NL in Prag statt. Es beteiligten sich daran mehr als 100 Delegierten aus aller Regionen, die wurden in Regionen gewählt (nur in Rahmen der Tschechischen Republik). An

<sup>1</sup> S čím jde DFK na mimořádný sjezd KSČ, 18. 12. 1989, (Erklärung der Leitung des DFK), Original, eigenes Archiv. Vgl. auch: Rudolf Přebrátil: DFK: jak dál? In: Rudé právo 5. 1. 1990.

<sup>2</sup> Hlavní vystoupení na setkání demokratického fóra komunistů ve sjezdovém paláci PKOJF Praha dne 7. 12. 1989, S. 3.

<sup>3</sup> Zpravodaj Demokratického fóra komunistů, 21. 12. 1989, Nr. 4 (sjezdový). In der heftigen Lobby Diskussionen an der ausserordentlichen Kongress der KSČ verteidigte M. Ransdorf noch die Idee der neuen politischen linken Partei. Es lässt sich schwer exakt sagen wann entschiedete er sich in der Kommunistische Partei bleiben und hier seine politische Karriere weiter fortführen.

<sup>4</sup> Prohlášení DFK k mimořádnému sjezdu KSČ, Praha 21. 12. 1989.

<sup>5</sup> Robert Dengler: DFK na rozcestí? Dokumenty k diskusi: Prohlášení k mítinku DF(K), in: Rudé právo 8. 1. 1990.

<sup>6</sup> Jaromír Sedlák war Ende 80er Jahre tätig als Berater der tschechoslowakischen Premierminister L. Štrougal und später L. Adamec.

<sup>7</sup> Jak dál, in: Lidová demokracie, 27. 1. 1990.

<sup>8</sup> Op. cit.

<sup>9</sup> Interview mit M. Ransdorf: Nejsem člověk od víry. Naše pravda, 1993, Nr. 36, S. 3.

<sup>10</sup> Prohlášení Nezávislé levice, Prag, 6. Januar 1995. Eigenes Archiv.

<sup>11</sup> Erklärung wurde von Věra Beranová, Oldřich Lébl, Lubomír Pokorný, Vladimír Kaiser, Jaroslav Trávníček, Emil Voráček und Petr Plesnivý signiert. In Name der Partei zeichnet sich Idee der „Independent Labour Party“ ab.

der Parteitag wurden als Gast mehrere Vertreter der links orientierten politischen Parteien, dazu auch Obroda. Trotz der Einladung die Sozialdemokraten kamen nicht.

Entwurf des Programm, der schon an der Tagung am 3. 2. in Prag diskutiert wurde, beinhaltete als wichtigste Moment der Tätigkeit der neuen Partei den Alltag der Bürger mit Schwerpunkt die Arbeit in Regionen und viele weiter praktische Ideen, welche später erst allmählich in der politische Diskurs angenommen wurden, darunter auch die Idee der schnellen Integration der Tschechoslowakei in die europäische Integrationsprozesse.

Die Diskussion war sehr lebendig und beschäftigte sich mit Programm, Statuten, Ideologie der neuen Partei als auch mit organisatorischen Momente. Jiří Paroubek (Delegierte aus Prag 10), verlangte am schnellsten den detaillierten Programm auszuarbeiten, mit Begründung, dass in kurzem Programm könnte sich nicht Partei von anderen Programmen der politischen Parteien zu viel unterscheiden.<sup>1</sup> In der weiteren hat man vereinbart die Arbeiten an der Programm fortsetzen. Es wurden Zentrale Rat und Executive Komitee gewählt (Vorsitzender Jaroslav Trávníček, Pressesprecher Ladislav Zelinka, Ökonomie Oto Lébl, weiter Petr Plesnivý, Helena Pokorná, Pavel Mertlík, Věra Beranová, Zdeněk Macek und Vladislava Bohatová).<sup>2</sup> Es ist vielleicht für diese Zeit typisch, dass viele Leute seine neue Orientierung und politische Aktivitäten suchten. In Reihen der NL Partei sind kurz viele zukünftige wichtige Politiker der tschechische Sozialdemokratie, z.B Pavel Mertlík, Ladislav Zelinka, Jiří Paroubek und die anderen durchgegangen.<sup>3</sup>

Die NL Partei beteiligte sich also nicht in der ersten freien Parlamentwahlen in der Tschechoslowakei, es zeigte sich, dass ohne finanziellen Mittel ist es nicht zu existieren. Doch am wichtigsten es war, dass die Geburt der neuen links orientierten politischen Partei am Frühling 1990 war sehr komplizierte Versuch, der um ein Jahr später scheiterte. Viele Mitglieder der ČSDF und NL sind später in 1991 in die Demokratická strana práce (Demokratische Partei der Arbeit) eingezogen, oder direkt in die Tschechoslowakische Sozialdemokratische Partei. Meiner Meinung nach, zeigte sich, dass diese Prozess der Abspaltung von der Kommunistischen Partei und Gründung von verschiedenen sich links deklarierenden Parteien sehr wichtig war und der nicht übersehbare Potenzial der Links orientierter Bürger zeigte, Zwar genau in Monaten, wenn es gar nicht populär war, oder besser gesagt etwas bietend war sich als Linke in der Öffentlichkeit zur Kritik stellen.

#### *Radikale Linke*

In einem solchen Überblick sollte man auch die radikale Linke erwähnen, auch wenn ihr Einfluß weder vor dem November als auch danach sicher nicht als groß zu bezeichnen ist. Alle diese Gruppen hatten vor dem November 1989 nicht mehr als einige Dutzend, zusammen mit den Sympathisanten vielleicht einige Hunderte Anhänger. (Votava 1993 : 25) Bei verschiedenen Aktionen zeigte sich allerdings ihre Fähigkeit, einen mehrfach größeren Kreis von Menschen zu mobilisieren: „Ihr umfangreicher Aktionsradius, ihre Dynamik und Flexibilität, welche sich nur auf die Opferbereitschaft von freiwilligen Aktivisten stützten konnte, befinden sich in einem auffallenden Kontrast zum schwerfälligen Funktionieren der klassischen politischen Parteien auf der linken Seite des politischen Spektrums. (Votava 1993 : 24)

Die Mitglieder dieser radikal linken Gruppen sind meistens junge Leute. Im Durchschnitt sind sie 20 Jahre alt. Der Unterschied zur überalterten Mitgliederbasis der kommunistischen Partei, die den Spitznamen „Partei der Rentner“ zu recht trägt, ist mehr als auffallend. Die radikale Linke trat schon vor dem November aktiv auf, besonders bei Umweltaktionen. Hier waren Anarchisten (z. B. „Děti země“, Kinder der Erde) besonders aktiv. Andere Gruppen sind „Animal SOS“, Initiativen für die Rechte der Tiere usw. Bisher entstand in der Tschechoslowakei noch keine linke Bewegung für die Emanzipation der Frauen, für die ethnischen oder sozialen Minderheiten, welche im Westen sehr verbreitet sind.

Mit dem Ziel, die Zersplitterung der linksradikalen Gruppen zu überwinden, wurden schon vor dem November 1989 Dachorganisationen wie „Levá alternativa - hnutí ze demokratický a samosprávný socialismus“ (Linke Alternative - Bewegung für demokratische und Selbstverwaltungssozialismus) oder „Československé anarchistické sdružení“ (Tschechoslowakische anarchistische Vereinigung) gegründet. (Votava 1993 : 26) Allerdings wurde dieses Ziel eines Zusammenschlusses nicht effektiv verwirklicht, da es ständig zu Meinungsstreitigkeiten und Differenzierung kam.

Im Spektrum der politischen Parteien ist es nach den ersten freien Wahlen im Juni 1990 zu einer Reihe von Initiativen der Vereinigung der nichtkommunistischen Linken gekommen. Solche Versuche hatten allerdings meist keinen Erfolg. Vielleicht stellte die wichtigste Initiative die „Ostböhmisches linke Versammlung“ dar, die am 22. September 1990 in Nové Město nad Metují stattgefunden hat. Hier trafen sich die Vertreter der Linken Alternative, der Tschechoslowakischen Sozialistischen Partei, der Tschechoslowakischen Sozialdemokratie, der Agrarpartei, und des Tschechoslowakischen Demokratischen Forums (ČSDF). Zwar lehnten sie eine Zusammenarbeit mit der kommunistischen Partei ab, aber sie suchten die Zusammenarbeit mit „den Mitgliedern, welche sich mit unseren Zielen und Stellungnahmen identifizieren können und sie unterstützen.“<sup>4</sup> ČSDF und LA kandidierten in den Kommunalwahlen im Herbst 1990 auf einer gemeinsamen Liste, auf der darüber hinaus auch unabhängige Mitglieder des Klubs Obroda kandidierten.

<sup>1</sup> Eigene Auszeichnungen, 24. 2. 1990.

<sup>2</sup> Zur 24. 2. 1990 hat diese partei ca 700 Mitglieder.

<sup>3</sup> Vgl.: Členové ústřední rady strany nezávislá levice delegovaní za jednotlivé oblasti v ČSR (Die Liste der regional Repräsentanten der NL).

<sup>4</sup> Minimální společný program levice, prohlášení. In: Polarita, Levá alternativa. 22. Oktober 1990, Nr. 6, S. 1.

*Die frühere Satellitenpartei nach der Wende: die Tschechoslowakische Sozialistische Partei*

Es war nicht ganz selbstverständlich, daß nach dem November 1989 bis März 1990 rund 70 politische Parteien und Bewegungen gegründet worden waren. Nur einige von ihr konnten - und diese auch nur teilweise - an die vorsozialistischen Traditionen anknüpfen, so die „Volkspartei“ (eine Partei mit einem christlichen Programm) und die „Sozialistische Partei“ (bis zum Februar 1948 existierte sie als Tschechoslowakische National-Sozialistische Partei<sup>1</sup>). Die „Sozialistische Partei“ spielte in den November Tagen eine sehr wichtige Rolle. Speziell innerhalb unter den Mitgliedern dieser Partei wurde schon einige Monate vor dem Beginn des Herbstes kritisch über den Zustand der Tschechoslowakei diskutiert. Deswegen beteiligten sich auch einige ihrer führenden Persönlichkeiten, auch ihr Vorsitzender Skoda, an der Gründung des Bürgerforums am Abend des 19. November. Der Balkon des der Partei gehörenden Melantrich-Gebäudes am Wenzelsplatz wurde in der nächsten Woche die Hauptbühne der samtenen Revolution. Von hier aus sprachen Vaclav Havel, Alexander Dubček und andere zu den Hunderttausenden von Demonstranten.

Es schien damals so, als ob die Sozialistische Partei zukünftig eine große Rolle spielen kann. Immerhin verfügte sie auch über ein gut ausgebautes Netz von Organisationen und Mitgliedern. Doch mit einer gewissen Vereinfachung kann man sagen, daß sie diese Rolle verspielt hat. Teilweise kam das daher, daß die Partei durch ihre Vergangenheit als Satellitenpartei der Kommunisten in der Nationalfront belastet war. Die Begriffe, die sie in den Novembertagen zur Kennzeichnung ihrer Ziele benutzten, wie Sozialismus und Perestroika sind später zum Ziel der propagandistischen Angriffe in den Massenmedien geworden. Sie paßten schon nicht mehr zur Situation des Herbstes. Die später neugebildete Führung der Partei baute zwar die linke Terminologie ab und orientierte die Partei auf das politische Zentrum um. Doch es war schon zu spät. Alle Versuche, wieder einen bedeutenden Platz in der politischen Arena zu erobern, scheiterten.

*Wie Phönix aus der Asche: die erneuerte Sozialdemokratie*

Die Tschechoslowakische Sozialdemokratische Bewegung wurde schon im Sommer 1948 gewaltsam zum Schweigen gebracht. Die Existenz dieser Partei war wie in den anderen Satellitenstaaten der Sowjetunion für die stalinistischen Machthaber nicht annehmbar gewesen. Es kam zur Zwangsvereinigung mit der KP. Doch trotz aller Bemühungen traten damals nur ca. 45.000 der 365.000 Mitglieder der Sozialdemokratie in die KP ein. Die Sozialdemokratie war die einzige tschechoslowakische politische Partei, die die ganze Zeit bis zum November 1989 im Exil wirkte. Sie war dabei Mitglied der Sozialistischen Internationale.

Der Versuch der Erneuerung der Sozialdemokratie im Jahre 1968 hatte damals kein positives Echo in der damaligen Reform-Führung der KSC gefunden. Eine solche Ablehnung wurde sowohl in den Stellungnahmen von konservativen KP-Führern wie Alois Indra als auch denen von Reformern wie Josef Smrkovský und František Kriegel während der Gespräche mit dem Vorbereitungskomitee der Sozialdemokraten sichtbar.<sup>2</sup> Ganz anders, nämlich durchweg positiv, war das Echo auf die Neugründung der Sozialdemokratie in der Gesellschaft. Die weitere Entwicklung wurde durch die sowjetischen Panzer am 21. August 1968 überrollt.

Offensichtlich setzten aber doch einige Mitglieder des Vorbereitungskomitees aus dem Jahre 1968 ihre politische Tätigkeit fort. Rudolf Battěk, der für seine Überzeugungen insgesamt 9 Jahre in den 70er und 80er Jahren im Gefängnis saß, war unter den Mitbegründern der Gruppe der Unabhängigen Sozialisten. Diese Gruppe proklamierte ein sozialdemokratisches Konzept und kooperierte mit der Sozialistischen Internationale. Zum 100. Gründungstag der Sozialdemokratie in den tschechischen Ländern (1978) gaben sie das Manifest „100 Jahre tschechischer Sozialismus“ heraus. In den Krisenjahren 1988-89 beteiligten sich R. Battěk und seine Kollegen an der Arbeit der Bewegung für bürgerliche Freiheit (Hnutí za občanskou svobodu, HOS). Faktisch alle Oppositionellen trafen sich später auf dem Boden des Bürgerforums.<sup>3</sup>

Die ersten organisatorischen Keime einer sich erneuernden Sozialdemokratie entstanden Anfang 1989. Im Februar wurde die „Gesellschaft zur Erforschung des demokratischen Sozialismus“ gebildet. Sie arbeitete selbstverständlich illegal. Das Mitglied der Gesellschaft Slavomír Klaban traf sich im Juni 1989 in Jugoslawien mit Prof. Jiří Horák, der damals Generalsekretär des Rates der freien Tschechoslowakei war (eine Dachorganisation der tschechoslowakischen Exilanten). Sie vereinbarten eine finanzielle Unterstützung der Gesellschaft durch Prof. Horák und seine Freunde in Amerika. In den nächsten Monaten wurde in der Tschechoslowakei ein illegales organisatorisches Netz ausgebaut, woraus später die Sozialdemokratie wurde.<sup>4</sup> Die finanzielle Unterstützung aus den USA ermöglichte es, schon vier Wochen nach den November-Ereignissen eine eigene Wochenzeitschrift herauszugeben.

<sup>1</sup> Die National-Sozialisten waren eine der traditionsreichsten Mitte-Links-Parteien der Zwischenkriegszeit. Der Außenminister der ersten Republik und spätere zweite Präsident der Tschechoslowakei, Edvard Beneš, war einer ihrer führenden Politiker.

<sup>2</sup> Siehe: Die Verhandlung der Delegation des Präsidiums der KSC und des Vorbereitungskomitees der Tschechoslowakischen Sozialdemokratie am 23. Mai 1968, Archiv der Tschechischen Sozialdemokratie. Sammlung der Materialien, ohne Signatur.

<sup>3</sup> Protokoll des XXIV. (Erneuerungs-)Parteitages der Tschechoslowakischen Sozialdemokratie, Praha 1990, S. 52. (im weiteren zitiert als „Protokoll“)

<sup>4</sup> Eine sehr wichtige Persönlichkeit der im Lande wirkenden Sozialdemokraten, R. Battěk, lehnte es allerdings im Sommer und Herbst 1989 mehrmals ab, mit dieser Gruppe zu kooperieren. Zu den Gründen siehe unten.

Bereits am 19. November, am Tag der Gründung des Bürgerforums, wurde über die erneute Gründung der Sozialdemokratie informiert.<sup>1</sup> In diesem Aufruf hieß es u. a., daß „der Sozialismus, soweit er nicht nach umfassender Demokratie strebt, kein Sozialismus ist.“ Ein paar Tage später, am 5. Dezember wurde bereits die Programmklärung veröffentlicht. In ihr wurde mit Recht festgestellt, daß die Sozialdemokratie eine „Partei mit reinem Schild ist, das schon seit seiner Gründung im Jahr 1878 unermüdlich die wirklichen Interessen der Arbeiter und anderen Berufstätigen beschützt.“<sup>2</sup> Die ČSSD definierte sich als eine links vom Zentrum stehende demokratische politische Partei, deren politische Ziele die parlamentarische Demokratie, eine gemischte Wirtschaft und soziale Gerechtigkeit sind.

Anfangs gelang es der Partei jedoch nicht, alle prominenten Sozialdemokraten zu vereinen. Vor allem stimmte R. Battěk dem schnellen Aufbau nicht zu, kritisierte ihn sogar ironisierend mit den Worten: „Jeder, der in die Partei eingetreten ist, bekam gleich eine Funktion.“ Vor allem war er besorgt über die Gefahr einer Infiltration durch die KSČ (vgl. Protokoll 1990 : 52). Im März 1990, auf dem XXIV. (Erneuerungs-)Parteitag unterstrich er, daß es keine Zusammenarbeit mit Kommunisten geben könne. Das galt übrigens ( ! ) auch für die Zusammenarbeit mit Obroda<sup>3</sup> dem Klub der Reformkommunisten von 1968. Die Diskussion über diesen Punkt erstreckte sich über die gesamte Tagung. Bis heute gibt es keine Zusammenarbeit zwischen beiden Lagern, und aus meiner Sicht schwächt das das linke politische Lager.

Der Neuanfang der Sozialdemokraten litt während der ersten Wahlkampagne im Juni 1990 darunter, daß eine ganze Reihe von sozialdemokratisch orientierten Politikern auf der Liste des Bürgerforums kandidierte (Prof. Z. Jičínský u. a.). Darüber hinaus litt die Partei, wie andere sozialistische oder sozialdemokratische Parteien in Osteuropa, in den ersten Wahlen unter der allgemein verbreiteten Abneigung gegen jedes sozialistische Programm (vgl. Beyme 1994 : 282). Nach dem Zerfall des Bürgerforums Anfang 1991 traten sie meistens in den „Sozialdemokratischen Abgeordneten-Klub“ ein oder aber wechselten - mit der prominenten Ausnahme von Battěk - gleich zur Sozialdemokratie.

### **7. Schlußbemerkung: Überlegungen zu den möglichen Wirkungen der Geschichte auf das pluralistische politische System nach 1989**

Bevor man sich dieser Frage zuwenden kann, sollte geklärt werden, wie die Gesellschaft beschaffen war, die im November 1989 in der Tschechoslowakei aus der Umklammerung des Partei-Staates befreit wurde. Das ist an dieser Stelle allerdings nur teilweise möglich.

Grundsätzlich gilt, daß die tschechoslowakische Gesellschaft seit dem Ende der 40er Jahre nach dem Konzept des klassischen Stalinismus ohne Rücksicht auf die bisherige nationale Geschichte umgebaut wurde. Der Wandel wurde mit Macht erzwungen, ihre weitere Entwicklung erfolgte aber nicht ohne Widerspruch. Die meisten Einwohner richteten ihr praktisches Leben nach anderen Prinzipien als den offiziell deklarierten und erzwungenen ein. Unter diesem Blickwinkel war sie eine „verfaulende Gesellschaft“, was anzuerkennen die Macht natürlich ablehnte. Allerdings verhielt sich die Führung de facto ebenfalls schizophren: Offiziell wurde der Kommunismus als Ziel verkündet, in der praktischen Politik aber sollte vor allem der Westen ein- und überholt werden. Das betraf vor allem den Bereich des persönlichen Konsums. Die einzige Ausnahme in dieser sich dual entwickelnden Welt stellte der tschechoslowakische Reformversuch im Jahr 1968 dar, in dem der einzige Versuch nach 1917 in Osteuropa unternommen wurde, das Programm einer sozial gerechten Gesellschaft doch noch zu verwirklichen. Die Prager Reformen haben als einzige nach einem nichtbolschewistischen sozialistischen Weg gesucht.

In der normalisierten Tschechoslowakei entwickelte sich dann intensiver die unterschwellige Orientierung auf die Werte der westlichen Konsumgesellschaft. Die privaten Meinungen und Wertorientierungen der Bürger waren im Herbst 1989 im Vergleich zur Situation vor 1968 daher weitaus stärker als auf das Modell einer liberalen Marktwirtschaft orientiert. Sie waren sogar stärker vom Kapitalismus überzeugt, als das in Westeuropa meist der Fall ist. Die führenden Vertreter aus den Dissidentengruppen des Herbstes 1989 standen allerdings dem Reformprogramm von 1968 näher und insofern waren sie den vorherrschenden Wertorientierungen der Mehrheit ferner, als allen bewußt war.

Von dem so skizzierten Verständnis aus können wir jetzt versuchen, einige Wirkungen des „realen Sozialismus“ (oder des „Spätsozialismus“) auf die politische und soziale Entwicklung nach dem November 1989 zu charakterisieren. Dem Autor des vorliegenden Beitrags fallen zwei Tendenzen ins Auge:

Eine Überschätzung des Spielraums der politischen Mehrheit durch sich selbst, was vor allem in der Geringschätzung der Rolle der Opposition zum Ausdruck kommt. Die Mehrheit ist nicht bereit, die konstruktive Rolle der unterlegenen Minderheit in der Gestaltung der Politik zur Kenntnis zu nehmen, schiebt ihre Argumente einfach mit dem Verweis auf einmal entstandene Mehrheiten beiseite, was unangenehme Erinnerungen an die Arroganz der alten Machthaber im Staatssozialismus hervorruft.

Ein teilweise vulgärer Ökonomismus im Herangehen an die Gesellschaft, der eigentlich eine unterschwellige Fortsetzung des marxistisch-leninistischen Ökonomismus ist. So wird behauptet, daß das Gebot der Stunde nicht eine soziale Marktwirtschaft sei, sondern eine Marktwirtschaft ohne Attribute. Daß die westeuropäischen Gesellschaften mit ihrer Tendenz einer sozial orientierten Politik, an denen man sich als Zielvorstellung orientiert,

<sup>1</sup> Aufruf des Vorbereitungskomitees. *Pravo lidu*, 1989, Nr. 1.

<sup>2</sup> Programmklärung der Tschechoslowakischen Sozialdemokratie. In: *Rudé právo*, 14. Dezember 1989.

<sup>3</sup> Repräsentanten von Obroda kandidierten in der ersten freien Wahlen in Juni 1990 an der Kandidatenliste der Bürgerforum.

auch nicht ohne Druck der Arbeiter zustande gekommen sind, hat aus dem Lager der siegreichen Mehrheit offensichtlich bisher niemanden sonderlich interessiert.

Bezüglich der angeführten Erscheinungen des Verhältnisses von Mehrheit und Minderheit soll noch eine weitere Überlegung angestellt werden. Über die Nachwirkungen der jüngsten Vergangenheit hinaus werden möglicherweise noch weiter zurückliegende Traditionsbestände aktiviert: Die politische Opposition hatte auch in der ersten tschechoslowakischen Republik eher eine dem Staat feindliche Orientierung. Das traf sowohl auf die Haltung der kommunistischen Linken in den 30er Jahren zu, als auch auf die der Rechten in Gestalt der Henlein-Bewegung in den Sudetengebieten.

Insofern ist zu überlegen, ob nicht auch die Linke überholte historische Altlasten abzuwerfen hat. Sie läßt sich vom Modell der Bürgergesellschaft leiten, aber es reicht nicht aus, nur einen solchen „Systemwandel“ zu wollen. Vielleicht wäre es für die Politiker der Opposition nützlich, den Gedanken des Soziologen (und „Achtundsechziger“) L. Brokl vom Februar 1994 zu durchdenken: die rechte Regierung bewege sich unzweifelhaft auf der strategischen Trajektorie. „In der Zukunft muß auch die Opposition lernen, ihre (linke) Politik innerhalb dieser Trajektorie zu machen.“ (Brokl 1994 : 6)

#### Quellen und Literatur

Archiv der Gegenwart vom 12. Juni 1989, S. 33416.

Archív Ústavu soudobých dějin, Sammlung Obroda.

Gorbačov Fond, Moskva, F. 1.

Národní archiv Praha (früher Státní ústřední archiv), Ústřední výbor Komunistické strany Československa, fond 02/1, sv. 358, a.j. 204.

Obroda. Klub za socialistickou přestavbu. Dokumenty. Zdeňka Kokošková/ Stanislav Kokoška, Praha 1996,

Poslední hurá. Tajné stenografické záznamy z posledních zasedání ÚV KSČ v listopadu 1989, Praha, 1992.

(„Protokoll“): Protokoll des XXIV. (Erneuerungs-)Parteitages der Tschechoslowakischen Sozialdemokratie, Praha 1990.

Eigenes Archiv:

Prohlášení přípravného výboru Klubu za socialistickou přestavbu Obroda, Original, 1 S.

Prohlášení demokratického fóra komunistů, Praha, 28. 11. 1989, 08.45, Original.

Programové teze Demokratického fóra komunistů, Praha 27. 11. 1989, Original, 6 S.

Hlavní vystoupení na setkání demokratického fóra komunistů ve sjezdovém paláci PKOJF Praha dne 7. 12. 1989, 3 S. Original.

Prohlášení DFK k mimořádnému sjezdu KSČ, Praha 21. 12. 1989, Original.

Minimální společný program levice, prohlášení In: Polarita, Levá alternativa. 22. Oktober 1990, Nr. 6.

Zpravodaj Demokratického fóra komunistů, Nr. 1-5, 1989, Original.

Návrh organizačního řádu DF(K), 3. 1. 1990, 2 S.

Programové prohlášení Demokratického fóra (komunistů) přijaté mluvčími DF(k) na celomoravském aktivu dne 27. ledna 1990, Original.

Prohlášení přípravného výboru „Strany nezávislé levice“, Praha, 6. 1. 1990, Original.

Nezávislá levice. Program, 24. 2. 1990, 16 S., Original.

Ausgewählte Literatur

Bernal, John D. (1956): Science in History, London

Beyme, Klaus von (1994): Systemwechsel in Osteuropa, Suhrkamp, Frankfurt/ M.

Blehova, Silvia (2006): Der Fall des Kommunismus in der Tschechoslowakei, Wien 2006 (Europa Orientalis, hrsg. Von Institut für Osteuropäische Geschichte an der Universität Wien, B. 2).

Bogomolov, Oleg (1985): Soglasovanije ekonomičeskich interesov i politiki pri socializme, Kommunist, Nr. 10, S. 82-93.

Bogomolov, Oleg (1987): Mir socializma na puti perestrojki, Kommunist, Nr. 16, S. 92-102.

Brokl, Lubomír (1994): Perspektivní opoziční politika a česká sociální demokracie. Lidové noviny, 11. Februar 1994.

Brus, Włodzimierz./ Laski, Kazimierz (1992): Od Marksa do rynku, Warszawa.

Bude, Heinz. (1993): Das Ende einer tragischen Gesellschaft, in: Joas/Kohli 1993.

Císař, Čestmír (1998): Člověk a politik. Kniha vzpomínek a úvah, Praha 1998.

Duda, Gyorg. (1994): Jenő Varga und die Geschichte des Institutes für Weltwirtschaft und Weltpolitik in Moskau 1921-1970. Zu den Möglichkeiten und Grenzen wissenschaftlicher Auslandsanalyse in der Sowjetunion, Berlin.

Friedrich, Carl. J./Brzezinski, Zbigniew (1957): Totalitäre Diktatur, Stuttgart, 1957.

Glaeßner, Gert Joachim (1994): Demokratie nach dem Ende des Kommunismus, Opladen, 1994.

Gorbačov, Michail (1995): Zdeněk Mlynář Reformátoři nebyvají šťastni. Dialog o „perestrojce“, Pražském jaru a socialismu, Victoria Publishing, Praha.

Hanf, Thomas (1991): Modernisierung der Gesellschaft als soziokulturelles Problem, in: Berliner Journal für Soziologie, Sonderheft 1991, S. 73-82.

Hübl, Milan (1990): Cesty k moci, Praha.

Jessen, Ralph (1995): Die Gesellschaft im Staatssozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR, in: Geschichte und Gesellschaft, 21.

Joas/ Kohli (1993) (Hrsg.): Der Zusammenbruch der DDR, Frankfurt a. M.

Juchler, Jakob (1994): Osteuropa im Umbruch. Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen 1989-1993. Gesamtüberblick und Fallstudien, Zürich.

Komárek, Valtr a kol. (1990): Prognóza a program, Praha, Souhrnná prognóza ČSSR do r. 2010, S. 9-188; Dominanty nového sociálně-ekonomického programu, S. 189-317.

- Krejčí, Oskar (1991): Proč to prasklo?. T. 2: Moskva a „sametová revoluce“. in: Tvorba, 1991, Nr. 2.
- Lorenc, Alojz (1992): Ministerstvo strachu? Neskartované vzpomínky generála Lorence, Bratislava.
- Machonin, Pavel (1993): Czech Sociological Review, I, (2/1993).
- Mencl, Vojtěch/ Hájek, Miloš/ Otáhal, Milan/ Kadlecová, Erika (1990): Křížovatky 20. století. Světlo na bílá místa v nejnovějších dějinách. Praha.
- Mlynář, Zdeněk/ Gorbačov. Michail (1995): Reformátoři nebývají šťastní. Dialog o "perestrojce", Pražském jaru a socialismu. 1995.
- Možný, Ivo (1991): Proč tak snadno ... Někteří rodinné důvody sametové revoluce, Praha.
- Otáhal, Milan (1994): Opozice, moc, společnost 1969/1989, Praha.
- Prečan, Vilém, hrsg. (1990): Charta 77 1977-1989. Od morální k demokratické revoluci. Dokumentace, Praha.
- Prokš, Petr (1993): Konec jednoho experimentu, krize a pád totalitního režimu v Československu 1968-1989, Praha.
- Ransdorf, Miloslav (ca 1992): Nový dějinný prostor, unveröffentlichte Manuskript, 25 S.
- Richta, Radovan und and. (1971): Zivilisation am Scheideweg. Sozialmenschliche Zusammenhänge der Wissenschaftlich-Technischen Revolution. Verlag an der Basis, Freiburg.
- Schneider, Eleanora (1994): Prager Frühling und samtene Revolution. Soziale Bewegungen in Gesellschaften sowjetischen Typs am Beispiel der Tschechoslowakei. Aachen: IZE (Internationales Zentrum für vergleichende Sozial-Ökonomische Entwicklungsforschung).
- Slejška, Dragoslav/ Herzmann, Jan a kol. (1989): Sondy do veřejného mínění (jaro 1968, podzim 1989).
- Suk, Jiří (2003): Labyrintem revoluce. Aktéři, zápletky a křížovatky jedné politické krize ((Od listopadu 1989 do června 1989), Praha.
- Šachnazarov, Georgij Ch. (2000): Vstreči s liderami socialistických stran, in: Novaja i novejšaja istorija, 3, 157-175.
- Teßman, Kurt (1962): Probleme der technisch-wissenschaftlichen Revolution, Berlin.
- Voráček, Emil (1996): Die Entstehung einer linken Opposition in der Tschechoslowakei vor dem November 1989. In: Dieter Segert (Hrsg.), Spätsozialismus und Parteienbildung in Osteuropa nach 1989, Berlin, 1996, S. 121-146.
- Votava, Vratislav (1993): Radikální levice v Československu. in: Dialog sever - jih, západ - východ, No. 1.

УДК 94:329.12(437)“1989”

E. Ворачек

## ВІДРОДЖЕННЯ ЛІВИХ ПОЛІТИЧНИХ СИЛ В ЧЕХОСЛОВАЧЧИНІ НАПЕРЕДОДНІ ТА ПІСЛЯ ЛИСТОПАДА 1989 Р.\*

Переклад з німецької  
К. В. Мальшиної і К. С. Лях

*Розглядається відновлення лівих політичних сил (Оброди, Демократичного форуму комуністів тощо) у Чехословаччині у 1989 р. Аналізуються протиріччя цього процесу та вплив на нього тоталітарної спадщини.*

**Ключові слова:** ліві партії, влада, опозиція, Оброда, Демократичний форум комуністів.

Метою даного дослідження є опис меж та можливостей лівих партій напередодні та після листопада 1989 року. При цьому розглядаються некоммуністичні групи та такі, що знаходилися в орбіті компартії. При проведенні такого дослідження необхідно враховувати, що ліві не грали якоїсь видатної ролі в суспільній свідомості в період зміни системи в 1989 р., оскільки вони не були інтегровані в опозицію як таку. Після перших вільних виборів ліві знову опинилися в опозиції, на цей раз в опозиції до обраного уряду. При цьому вона була досить гетерогенною, передусім, через продовження старого «традиційного» протистояння між комуністами та соціал-демократами. Проте ще важливішим було те, що сьогодні, через 16 років після зміни режиму, соціальна база лівих в Чеській Республіці складає приблизно половину населення<sup>1</sup>.

За опитуваннями громадської думки, соціал-демократична партія досягала високих показників, та вже в 1996 р. впритул підходила до демократичної громадянської партії (ODS), яка на той час знаходилася на чолі урядової коаліції.

\* Ця стаття є переробленою та поглибленою версією дослідження, опублікованого раніше в: Voráček, Emil (1996): Die Entstehung einer linken Opposition in der Tschechoslowakei vor dem November 1989. In: Dieter Segert (Hrsg.), Spätsozialismus und Parteienbildung in Osteuropa nach 1989, Berliner Debatte Wissenschaftsverlag, Berlin, 1996, S. 121-146.

<sup>1</sup> В парламентських виборах червня 2006 р. соціал-демократи отримали 74, а комуністи – 26 мандатів в палаті представників Чеської республіки.